



PFREUNDSCHUH
in Heidelberg

GERHARD PFREUNDSCHUH

Der Bürgerstaat

6 Politik: Vernunft statt Macht



Heidelberg 2021

Copyright © 2021 Gerhard Pfreundschuh

Die einzelnen Abschnitte können kapitelweise und kostenlos als PDF-Dateien heruntergeladen werden.

Das Urheberrecht gilt insoweit, dass Zitate und Auszüge als solche gekennzeichnet werden müssen. Es ist also eine genaue Quellenangabe erforderlich.

Das Recht der Übersetzung in fremde Sprachen bleibt vorbehalten und beim Autor.

<https://pfreundschuh-heidelberg.de/downloads/der-buergerstaat/der-buergerstaat-kapitel-6.pdf>

Inhalt

6. Politik: Vernunft statt Macht.....	207
6.1 Der Blick in Geschichte und Gegenwart... ..	208
6.2 Politik im Parteienstaat.....	215
6.2.1 Machtkampf.....	215
6.2.2 Ämterpatronage.....	217
6.2.3 Abschaffung des freien Mandats.....	221
6.2.4 Die Kartellparteien.....	224
6.2.5 Lobbyismus und Korruption.....	226
6.2.6 Die Medien im Parteienstaat.....	229
6.2.7 Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaat.....	234
6.3 Politik im Bürgerstaat.....	236
6.3.1 Aufgaben der Politik.....	236
6.3.2 Volkssouveränität (Art. 20 GG) beseitigt Missstände.....	237
6.3.3 Freie Meinung und Information (Art. 5 GG).....	246
6.3.4 Medien im Bürgerstaat.....	251

6. Politik: Vernunft statt Macht

*Alles ist im Wandel; und der Wandel beschleunigt sich heute. Umso wichtiger wird eine strategische und erfolgreiche Politik. Denn im Bürgerstaat bedeutet **Politik**, den notwendigen, zeitgemäßen **Wandel** durchzuführen. Politik ändert durch Gesetze das Recht und die Verfassung und damit die gesellschaftliche und staatliche Ordnung. Mit Geld und Institutionen gestalten wir im Rahmen der Rechtsordnung.*

Nach mittelalterlichem Rechtsverständnis konnte es kein „neues“ Recht geben. „Gottesrecht“ war ewig gleich und richtig. Damit war Politik erst möglich, als der neuzeitliche Polizeistaat die alte Ordnung, ihr Recht und die Verfassung bewusst und gezielt zu ändern begann. Das lässt sich ab 1500 nachweisen (beispielhaft Reichstag von 1495).

*Schon damals standen zwei **gegensätzliche Begriffe** und Vorstellungen von Politik einander gegenüber: (1) Politik ist die Kunst des Erwerbs und Erhalts der Macht (Machiavelli) oder (2) Politik ist die Verbesserung der Verhältnisse für Land und Leute (allgemeine Wohlfahrt).*

Mittel der Politik sind die Staatsgewalt mit Staatsorganen (vollziehende, gesetzgebende und rechtsprechende Gewalt). Doch alle Staatsgewalt geht im Rechtsstaat und erst recht im Bürgerstaat vom Volk aus und wird „Im Namen des Volks“ ausgeübt (Volkssouveränität).

*Im **Parteienstaat** weist die Verwirklichung der Volkssouveränität, d.h. des Volkswillens, schwere Mängel auf. Parteipolitikern geht es um ihre Macht und Posten, weniger ums „allgemeine Beste für Land und Leute“.*

*Im **Bürgerstaat** übt gemäß **Art. 20 GG** das Volk die Staatsgewalt durch Wahlen und Abstimmungen aus. Der Stimmbürger ist der Souverän. Der Bürger wird vom Anspruchsteller zum Verantwortungsträger. Das führt zur Mitwirkung auf allen Staatsebenen; wie im Schweizer Miliz-System. Politiker werden zu Staatsdienern, Dienern des Volks. „Dienst statt Herrschaft“ ist die Leitlinie für die Politik im Bürgerstaat.*

*Volkssouveränität und Abstimmungen setzen voraus, dass **Art. 5 GG** voll verwirklicht wird: das Recht auf freie Meinung und freie Information.*

6.1 Der Blick in Geschichte und Gegenwart

Rufen wir uns nochmals kurz in Erinnerung, ab wann bewusste Politik einen zeitgemäßen Wandel durchführen wollte und der Ausdruck in unserer Sprache auftauchte.

Wir sahen oben bei „4.2 Der Polizeistaat (Verwaltungsstaat)“, dass sich für die Menschen erkennbar seit dem Beginn der europäischen Neuzeit um 1500 sehr viel änderte: Das Wissen über die Erde mit der Entdeckung Amerikas (1492); der Blick zu den Sternen mit den Erkenntnissen von Kopernikus (1473 – 1543), Galilei (1564 – 1642) und Kepler (1571 – 1630); das Weltbild insgesamt mit dem Aufstieg der Naturwissenschaften; die Religion mit dem Auftreten von Luther (1483 – 1546), Zwingli (1484 – 1531) und Calvin (1509 – 1564) .

Die europäische Geschichte erlebte das Ende der lateinischen Welt⁵⁸⁸ und den Aufstieg der Nationalstaaten. Diese griffen alsbald nach fremden Erdteilen und wurden Kolonialmächte.⁵⁸⁹ Das (weithin) statische Mittelalter war zu Ende, die dynamische Neuzeit begann ihren Lauf.⁵⁹⁰

Wir sahen auch, dass ab 1500 die Begriffe Politik und Polizei in der deutschen Sprache auftauchten. Sie beschreiben die neue Entwicklung. Das Wort „Staat“ (status) änderte seine Bedeutung von „Stand“ zu „Staat“ im heutigen Sinn.

Der Ausdruck „Politik“ hat also eine 500-jährige Geschichte. Doch von Anfang an standen sich zwei gegensätzliche Vorstellungen darüber gegenüber. Das ist hervorragend erarbeitet im Grundlagenwerk der besten deutschen Historiker, das von 1972 bis 1992 entstand: Otto Brunner, Werner Conze, Reinhart Koselleck (Hg.), *Geschichtliche Grundbegriffe: Historisches Lexikon zur politisch-sozialen Sprache in Deutschland*, Stuttgart 1972 ff.⁵⁹¹

⁵⁸⁸ Dazu: Alfried Wieczorek/Stefan Weinfurter (Hg.), *Die Päpste und die Einheit der lateinischen Welt, Antike – Mittelalter – Renaissance* -, Katalog zur Ausstellung vom 21.05.2017 bis 31.10.2017 im Reiss-Engelhorn-Museum Mannheim, Regensburg 2017. Die Ausstellung zeigte eindrucksvoll, wie mit der Renaissance und der Reformation die „lateinische Welt“ zu Ende ging.

⁵⁸⁹ Vieles war (wie immer) in der Geschichte auch nicht gut. Doch sagen wir im Sinne Konrad Adenauers: „Nehmen'se die Geschichte, wie se is. Eine andere jibt es nich.“

⁵⁹⁰ Heute stehen wir am Ende dieser europäischen Neuzeit. Wir erleben eine vergleichbare Lage wie um 1500. Es ist der Aufstieg der nichteuropäischen Mächte (China, Indien, Islam).

⁵⁹¹ Einschlägig sind die Artikel zu „Politik“ Bd. 4, S. 789 ff; „Polizei“, Bd. 4, S. 875 ff; „Staat und Souveränität“, Bd. 6, S. 1 ff; „Stand, Klasse“, Bd. 6, S. 155 ff; „Verwaltung, Amt, Beamter“, Bd. 7, S. 1ff

Im Italien der Renaissance stiegen die norditalienischen Städte wie Florenz, Siena, Genua, Mailand oder Venedig zu Stadtstaaten auf. Sie eroberten umliegende Gebiete und nannten sich Republik oder Herzogtum. Doch legitime Herrscherfamilien gab es hier nicht. Machtkämpfe und Bürgerkriege entschieden, wer oder welche Familie herrschte. Großen Siegen folgten oft schwere Niederlagen. Emporkömmlinge wie die „Krämerfamilie“ der Medici in Florenz oder Söldnerführer (Condottiere) wie Francesco Sforza in Mailand eigneten sich die Macht an, was Usurpation genannt wird.⁵⁹²

Dieses Geschehen fand einen scharfsinnigen Beobachter, der seine Erkenntnisse anschaulich im Buch „Der Fürst“ (Il Principe) niederschrieb. Es war Niccolò Machiavelli (1495 – 1527). Er verfasste eine Anleitung zur Machtergreifung und zum Machterhalt für Machtpolitiker. Nach ihm ist Politik die Kunst des Erwerbs und Erhalts der Macht.⁵⁹³

In den deutschen Fürstentümern und den erstarkenden Nationalstaaten (Frankreich, England, Schweden, Spanien) setzte sich für die Thronfolge der Herrscher in der Regel das Erstgeburtsrecht (Primogenitur) durch; oder es gab weiterhin geregelte Wahlverfahren wie im Reich mit der Goldenen Bulle (1356). Hier galt statt der Usurpation die Legitimation (gesetzliche Erbfolge). Wem also „von Gottes Gnaden“ die Macht in die Wiege gelegt wurde, der musste sie nicht erkämpfen. Politik hat für ihn eine andere Bedeutung.

Aus der älteren christlichen Fürstenspiegelliteratur, der Lehre von „guter Landesherrschaft“ entstand die polizeistaatliche Wohlfahrtsidee. „Politik“ ist danach die „Beförderung der allgemeinen Wohlfahrt“ oder, wie es meist landesväterlich hieß, die „Verbesserung von Land und Leuten“. Diese Ideen unterstützten die aufsteigenden Beamten- und Bildungsbürger in den deutschen Territorien. „Polizeiwissenschaft“ (Verwaltungswissenschaft) und „Kameralistik“ (Finanzwissenschaft) sind das Werk dieser Staatsjuristen und Rechtsprofessoren.⁵⁹⁴ Die „Reichsstände“ wie Bayern, Kursachsen usw. wurden so zu „Staaten“.

⁵⁹² Francesco Sforza und die Medici werden mehrfach von Machiavelli beispielhaft erwähnt.

⁵⁹³ Machiavelli wird als Person unterschiedlich bewertet, da er in seinen „Discorsi“ republikanische Werte beschreibt. Werner Bachner, in: Vorwort zu Niccolò Machiavelli, Der Fürst, Wiesbaden 1962

⁵⁹⁴ Hans Maier, Die ältere deutsche Staats- und Verwaltungslehre, Neuwied 1966; Taschenbuch, München 1986; Michael Stolleis, Geschichte des öffentlichen Rechts in Deutschland 1: Reichspublizistik und Policywissenschaft 1600 bis 1800, München 2012

Damit war es nur ein kleiner Schritt, dass sich der Fürst im aufgeklärten Absolutismus als „erster Diener des Staates“ verstand.⁵⁹⁵ „Dienen“ statt „Macht ausüben“ muss auch im Bürgerstaat für alle Politiker gelten.

Die Rückkehr der Politik als Machterwerb und Machtgebrauch erlebten wir in den Nationalstaaten mit der Durchsetzung des bürgerlichen Rechtsstaats. Der Landesherr verlor die Macht zuerst teilweise durch neue Verfassungen in den konstitutionellen Monarchien, dann ganz in den parlamentarischen Monarchien wie heute in Nordeuropa von Belgien über das „Vereinigte Königreich Großbritannien“ bis Schweden.

So ist es nicht verwunderlich, dass Max Weber (1864 – 1920), einer der großen Kultur- und Sozialwissenschaftler, in seiner bekannten Schrift „Politik als Beruf“ die Politik als das Streben nach Machtanteil oder nach Beeinflussung der Machtverteilung beschreibt. Und diese Vorstellung gilt bis heute.⁵⁹⁶ Auch als ein Kampf der Ideologien wurde und wird Politik verstanden. Für die repräsentative, parlamentarische Demokratie und den Parteienstaat sind diese Vorstellungen zutreffend. Zum Nutzen der Bürger fordert der Bürgerstaat von der Politik: **Vernunft statt Macht!**

Diese Auseinandersetzung bewegt auch heute die Wissenschaft. Es wird allgemein erkannt, dass der Politik im Parteienstaat Strategien und zeitgemäße Programme fehlen. Den „immer häufiger zutage tretenden Defizits im Bereich der langfristigen strategischen Zwecksetzung und Ausrichtung in vielen Bereichen des politischen, öffentlich-rechtlichen und privatwirtschaftlichen Lebens“ will seit 2016 die jährlich stattfindende „Wiener Strategie-Konferenz“ entgegentreten. Sie ist hochrangig, auch international besetzt und richtet sich an hohe Verantwortungsträger und Entscheider in Politik, Diplomatie, Verwaltung, Privatwirtschaft und beim Militär.⁵⁹⁷ Das ist einzigartig; dahinter steht die Republik Österreich.⁵⁹⁸

Einen guten Einblick in das heutige Verständnis gab dort der Rechts- und Militärwissenschaftler Christian Stadler.⁵⁹⁹ Er beschäftigt sich mit der Begriffsklärung von Politik und Strategie. Dabei greift er auf Clausewitz und einige Philosophen (Platon, Kant u.a.) zurück, und er bezieht die militärische, ökonomische, rechtliche und kulturelle Dimension mit ein.

⁵⁹⁵ So Friedrich II., den die Preußen den Großen nannten, trotz seiner Raubkriege gegen Österreich.

⁵⁹⁶ Artikel „Politik“ in: Otto Brunner u. a. (Hg.), Geschichtliche Grundbegriffe, a.a.O., Bd. 4, S. 872 f

⁵⁹⁷ Tagungsband: Wolfgang Peischel (Hg.), Wiener Strategie-Konferenz 2017, Norderstedt 2018, S. 9

⁵⁹⁸ Brigadier W. Peischel ist Initiator sowie Chefredakteur der ÖMZ (Hg. Republik Österreich / BMLV)

⁵⁹⁹ Christian Stadler, Der Weg ist das Ziel? Polemologie als strategische Kompetenz, Vortrag 2017, in: Wolfgang Peischel (Hg.), Wiener Strategie-Konferenz 2017, a.a.O., S. 51 ff.

„Politik“ ist nach ihm die „Durchsetzung des eigenen Willens“.

„Politik ist im Wesentlichen ein Ringen von Willen, von Interessen, von Ideen. Es geht um Beeinflussung, Dominanz und Durchsetzung der je eigenen Positionen (ohne dass damit schon etwas über die „Qualität“ bzw. „Art“ der jeweiligen Interessen gesagt wäre – es geht darum, diese durchzusetzen, zu verwirklichen.“⁶⁰⁰

Ähnlich sagte Antje Vollmer der „Bundestag ist Bürgerkrieg in zivilisierter Form“.⁶⁰¹ Stadler überträgt Untersuchungsergebnisse und Erkenntnisse von Clausewitz über den Krieg auf die Politik. Das tat Clausewitz nicht! Denn für ihn ist der „Zweck der Politik“ der Friede und der Krieg nur ein Mittel, um diesen Zweck zu erreichen.⁶⁰² So stehen sich gegenüber:

- Zweck der *Politik sind Macht* und Herrschaft (Parteienstaat)
- Zweck der *Politik sind Friede*, Vernunft, Gerechtigkeit (Bürgerstaat)

Im **Bürgerstaat** zielt Politik auf das langfristige Überleben des Volkes bei äußerem, innerem und Welt-Frieden sowie angemessenem Wohlstand und gesunder Umwelt. Auch eine überzeugende militärische Verteidigungsfähigkeit dient dem Zweck *Friede*. Clausewitz wusste, wenn alle sich nur verteidigen wollen, kann es keine Kriege geben.⁶⁰³ Das sind gegensätzliche Blickwinkel, unterschiedliche **Zwecke**. Macht gegen Friede. Macht kann im Grunde nicht einmal ein Ziel sein, sondern höchstens ein Mittel zur Erreichung eines inhaltlichen, unter Umständen sogar unvernünftigen Ziels.

Damit sind wir zu den Anforderungen **Überzeugung und Vernunft** im Bürgerstaat gelangt. Der Sieg wird im Bürgerstaat nicht durch Macht, sondern durch Überzeugung, d.h. Vernunft errungen. Wenn sich die Politiker, die sog. „politischen Eliten“, wegen ideologischer, religiöser oder kultureller Gegensätze nicht einigen können (Patt), entscheidet das Volk, der Souverän, durch Volksabstimmung. „Das Volk hat gesprochen“, damit hat Rechtsfriede zu herrschen.

Das zeigt, die Kultur, gemeinsame Werte und Überzeugungen halten die Gesellschaft zusammen. Wo das fehlt, kommt es zu „antagonistischen,

⁶⁰⁰ Christian Stadler, Wiener Strategie-Konferenz 2017, a.a.O., S. 56

⁶⁰¹ Interview in ARD-alpha

⁶⁰² Clausewitz, Kriege, a.a.O., S. 104, „Zwecke und Mittel der Strategie“ – „Die Strategie hat ursprünglich nur den Sieg, d.h. den taktischen Erfolg, als Mittel und, in letzter Instanz, die Gegenstände, welche unmittelbar zum Frieden führen sollen, als Zweck. ... Es bleiben also an Zwecken nur diejenigen übrig, die als *unmittelbar* zum Frieden führend gedacht sind.“ (S. 105)

⁶⁰³ Clausewitz, a.a.O, S. 194 „weil aus gegenseitiger Verteidigungsabsicht kein Krieg entstehen kann.“

[tödlichen] Widersprüchen“ (so die Marxisten), zu „Aussichten auf den Bürgerkrieg“ (so Hans Magnus Enzensberger).⁶⁰⁴

Die Frage nach dem Zweck wirkt meist erhellend. Wir kennen die ganz gegensätzlichen Zecke und Blickwinkel schon vom **Recht**:

- Recht als *individualistische Streitordnung* (römisches Recht) gegen
- Recht als *genossenschaftliche Friedensordnung*.⁶⁰⁵

Diese Vorgehensweise läßt sich auch auf die Wirtschaft übertragen. Was ist der **Zweck der Wirtschaft**?

- Versorgung der Kunden [= Volk] samt Allgemeinwohl oder
- Gewinnerzielung der Unternehmer [= Teilnutzen] oder
- Shareholder Value [= reiner Aktionärs- bzw. Kapitalgeber-Nutzen]?

Auch hier erleben wir „Machtpolitik“ z.B. durch „Herrschaft statt Dienst des Geldes“, durch verdummende Reklame statt Verbraucheraufklärung u.a. Auch der Einsatz von Wirtschaftssanktionen ist oft ein politisches Machtinstrument, kein vernünftiges, friedliches Wettbewerbsmittel. Wie sind Handelskriege zu vermeiden, eine faire Weltwirtschaft zu gestalten? Das zielt wieder auf Frieden, auf *Weltfrieden* statt auf „*Weltmacht*“.

Eine vernünftige Politik beschäftigt sich seit ihrer Entstehung ab 1500 auch mit **Wirtschaft und Technik**.⁶⁰⁶ Das zeigen die Kameralistik und der Merkantilismus im Absolutismus. Hier können wir auch zwei unterschiedliche *Zwecke* ausmachen. Weithin waren wichtigste Ziele sowohl des Merkantilismus wie des Kameralismus, die Staatskasse des Königs oder Fürsten zu füllen. Im Grundsatz widersprach das dem obersten Zweck des „*Wohlfahrtsstaats*“, nämlich das gemeine Beste für Land und Leute zu bewirken.⁶⁰⁷

Der Liberalismus hat dann nicht nur die Wohlfahrtsidee, sondern jede Wirtschaftspolitik als staatliche Aufgabe verabschiedet.⁶⁰⁸ Allerdings ist

⁶⁰⁴ Hans Magnus Enzensberger, *Aussichten auf den Bürgerkrieg*, a.a.O.

⁶⁰⁵ Siehe oben: „Deutsches gegen römisches Recht“, in: „5.4.1 Ein Blick in die Geschichte“

⁶⁰⁶ „Theoretisch-praktisches Werk die Künste, Manufakturen und Handelschaft betreffend ... München und Leipzig 1779“ – Erstellt im Auftrag von Maximilian Joseph Herzog in Baiern und Pfalzgrafen bey Rhein. Schönes dickes Buch; es zeigt die hohe Technik und Mechanik einer Dauerausstellung in London, um sie in Pfalz-Baiern einzuführen. Es fehlt noch jede motorische Antriebskraft. (Das wunderbare, reich bebilderte Buch kaufte ich mir vor Jahrzehnten antiquarisch in Innsbruck).

⁶⁰⁷ Siehe oben „4.5 Neuzeitliche Diktaturen“: Aristoteles unterscheidet Tyrannis, Königtum und Republik nach dem Zweck ihrer Politik (Nutzenstiftung für wen?)

⁶⁰⁸ Anschaulich und bildhaft Wilhelm Joseph Behrs Heege-Zitat bei: „4.3 Der Rechtsstaat“

ihm beides nur unvollständig gelungen. Der Sozialstaat betreibt spätestens seit 1881 (Bismarcks „Kaiserliche Botschaft“) bewusst Sozialpolitik einschließlich älterer öffentlicher Fürsorge. Und wir hatten und haben Wirtschaftspolitik. Doch nach den Vorstellungen der Sozialen Marktwirtschaft soll sie nur für marktwirtschaftliche Rahmenbedingungen (Kartellrecht, Arbeitsschutz, Gewerbeaufsicht u.ä.) zuständig sein.

Der Ruf nach staatlicher Wirtschafts- oder gar Planpolitik war in Frankreich (mit *Planification*) und im linken Lager nie verstummt. Doch die Misserfolge des osteuropäischen Kommunismus sprachen dagegen.

Seit 2018 entbrannte der Meinungsstreit durch die Erfolge der „staatlich gesteuerten Wirtschaft“ Chinas mit gezielten Aufkäufen europäischer Technologiefirmen erneut.⁶⁰⁹ Hinzu kommt der Vorsprung der USA bei der Informationstechnik u.a. durch die Militär- und Weltraumforschung. So legte Bundeswirtschaftsminister Altmaier ab 2019 eine „Nationale Industriestrategie 2030“⁶¹⁰, einen „Zukunftsfonds“ für Start-ups (10 Mrd. Euro)⁶¹¹ und den Plan für ein europäisches Cloud-Netzwerk Gaia-X vor.⁶¹² Frankreich schuf den staatlichen Zukunftsfonds „Silbersee“.⁶¹³ Das alles löste einige „liberale Empörung“ aus. Der Gegensatz der Meinungen wird zusehends größer – und die chinesischen Erfolge auch.

Hinzu kommt die Umwelt- und Klimapolitik. Sie verlangt ebenfalls langfristige, politisch-strategische Planung, was spätestens seit der planlosen Energiewende kaum bestritten wird. Mit dem Blick auf die Zeitgeschichte vollzieht sich der technische Wandel atemberaubend.

Veranschaulichen wir uns das an einem Menschenleben. Am 24.11.2020 feierte der Heidelberger Ernst-Ludwig Dohl seinen 100. Geburtstag. Er hat noch mit Carl und Berta Benz, den Erfindern des Autos, in Ladenburg Kaffee getrunken.⁶¹⁴ Damals verkündete Kaiser Wilhelm II.: „Das Automobil ist eine vorübergehende Erscheinung. Die Zukunft gehört dem Pferd.“ Im schön bebilderten Erst-Klässler-Lesebuch meines Vaters gab es noch keine Autos, sondern vor allem Postkutschen,

⁶⁰⁹ Die Zeit, 08.05.2018, Aufkaufen und ausschachten - China kauft uns auf: Immer häufiger übernehmen chinesische Investoren westliche Unternehmen in Schlüsselindustrien. Wie groß ist das Problem?

⁶¹⁰ Handelsblatt 06.02.2019, Titelthema: „Altmaiers Antwort auf China“

⁶¹¹ Handelsblatt, 13.12.2019, START-UPS, Altmaiers Turbo

⁶¹² Handelsblatt, 28.10.2019, „Bei der Speicherung von Firmendaten sind US-Anbieter führend. Der Wirtschaftsminister will das ändern – und eine europäische Cloud aufbauen“

⁶¹³ Handelsblatt 26.02.2020, „Staatsfonds Frankreichs Schatz im Silbersee“

⁶¹⁴ RNZ 24.11.2020, S. 6

Bauern mit Pferden, Sensen und Dreschflegeln. Nur auf einem Bild ist eine ganz urtümliches, dampfendes Eisenbahn-Zügle zu sehen.

Im meiner Jugend fuhr ich oft mit dem Fahrrad durch die Felder von Heidelberg nach Ladenburg. Die Landschaft war natürlich, ruhig und unbebaut. Die Bauweise der Dörfer war geschlossen. Damals lebten 2,5 Mrd. Menschen auf der Welt (1950). Heute ist die Rheinebene zersiedelt, von Straßen, Autobahnen und wilder Bebauung verschandelt.⁶¹⁵ Trotzdem steht der Verkehr massiv im Stau. Wenn alle 7,8 Mrd. Menschen wie wir Auto fahren und leben wollen, bräuchten wir fünf Erdkugeln, wir haben aber nur eine.

Diese Weltlage verbietet ein neoliberales Weiter-so mit einem undurchdachten und ungebremsten Wachstum und dem naiven Glauben an eine „unsichtbare Hand“. Das erkennen viele schon lange. Als ich 1979 im Referat „Umweltpolitik“ des baden-württembergischen MELU⁶¹⁶ war, empfahl mir mein Abteilungsleiter das Buch von Herbert Gruhl „Ein Planet wird geplündert“. Er fügte hinzu: „Sagen Sie niemand, dass ich Ihnen das Buch empfohlen habe. Es ist hier geächtet; aber alles, was drinsteht, stimmt.“ Ich kaufte es mir und las es mit großer Zustimmung. Die Partei der Grünen wurde dann 1980 in Karlsruhe gegründet. Doch diese wollten zurück aufs Fahrrad, was einer Zukunft mit dem Pferd ähnelt. Und sie wurden mit den Fundis eine z.T. marxistische Partei.⁶¹⁷

Wir kommen zu einer **Lagebeurteilung**. Der Bürgerstaat kann die Entwicklung nicht mehr wie bisher treiben lassen, *kein Laissez-faire*. Wir brauchen eine politische und (!) technologische Strategie, um kraftvoll für unser Überleben zu kämpfen. Das verlangt eine generalstabsmäßige Umsetzung und passende Einrichtungen. Darum geht es z.B. im Band 2, u.a. beim Baustein „6. Der volksgewählte Bundespräsident“ mit seinem Strategiestab. Dazu gehört ein genossenschaftliches Zusammenwirken von Staat und Wirtschaft, von Bürgern und Verbänden. Der Bürgerstaat muss die Abkehr vom machtversessenen, streit- und eigensüchtigen Parteienstaat bringen. – Schauen wir nun in 6.2 wesentliche Missstände des politischen Geschehens im Parteienstaat an und überlegen in 6.3, wie diesen Mängeln im Bürgerstaat abgeholfen werden kann.

⁶¹⁵ Rolf Keller, Bauen als Umweltzerstörung, Alarmbilder einer Un-Architektur der Gegenwart, Zürich 1977 (Ausgezeichnet durch den Westschweizerischen Werkbund)

⁶¹⁶ MELU = Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Umwelt

⁶¹⁷ Der KBW (Kommunistische Bund Westdeutschland) trat fast geschlossen bei den „Grünen“ ein. Viele waren wie Kretschmann (heute Ministerpräsidenten), Reinhard Bütikofer u.a. überzeugte Maoisten.

6.2 Politik im Parteienstaat

6.2.1. Machtkampf

Für den Parteienstaat hat Antje Vollmer (Bundestagsvizepräsidentin, Grüne) anschaulich festgestellt: „Bundestag ist Bürgerkrieg in zivilisierter Form.“⁶¹⁸ Helmut Schmidt nannte die „größte Fehlkonstruktion“ unserer Demokratie, dass die Politiker vor allem um ihre Wiederwahl und damit um den Machterhalt statt für Lösungen und Überzeugungen kämpfen.⁶¹⁹ Der Staatsmann schreitet, er waltet souverän seines Amtes. Der Parteipolitiker hetzt von Termin zu Termin; er bangt um Amt und Posten. US-Politologen sahen die Hauptaufgabe von Politikern und politischen Parteien in Stimmenmaximierung, nicht im Kampf fürs „gemeine Beste“.

Das entspricht nicht den Vorstellungen unseres Grundgesetzes. Es widmet den politischen Parteien nur einen Artikel (Art. 21 GG). Danach haben die Parteien und damit die Volksvertreter gegenüber dem Volk eine dienende Aufgabe. Sie „wirken bei der politischen Willensbildung des Volkes mit“. Und „ihre innere Ordnung muss demokratischen Grundsätzen entsprechen“. Das zielt auf Vernunft mit Lösungen und Volkssouveränität, nicht auf Macht.

Auch hier steckt der Parteienstaat in der Sackgasse. Denn die Macht und die Posten der Politiker interessieren die Bürger nicht. Sie wollen Programme und Lösungen. Doch genau davor haben die Parteipolitiker Angst. Denn sie müssen damit rechnen, mit klaren Zielen und wirksamen Maßnahmen bestimmte Wählergruppen zu treffen und zu verlieren. Damit wird die Stimmenmaximierung gefährdet.

Ein gutes Beispiel war das Rauchverbot in Gaststätten. Alle Parteien hatten davor Angst, aus ihren Wählergruppen die Raucher zu verlieren. Und so war es ein Volksentscheid in Bayern, der den Durchbruch brachte. Parteien bleiben in der Regel unverbindlich, „besetzen Themen“ mit Allgemeinplätzen statt wirksame Lösungen anzubieten und Missstände zu beseitigen. Denn hinter jedem Missstand sitzen einige oder viele, die Nutzen daraus ziehen. Genau diese Nutznießer könnte man als Wähler verlieren.

⁶¹⁸ Interview in ARD-alpha

⁶¹⁹ Handelsblatt, 02.11..2012, S. 52, „Die größte Fehlkonstruktion in der Demokratie besteht darin, dass das wichtigste Ziel der meisten Politiker ist, wiedergewählt zu werden.“

Die Wiederwahl wurde zur wirtschaftlichen Überlebensfrage seit die Parteipolitiker zu Berufspolitikern wurden. Die Abwahl kann den Fall ins Bodenlose, zumindest in die Bedeutungs- und Arbeitslosigkeit und (!) den schmerzlichen Machtverlust bedeuten. Erwin und Ute Scheuch haben dazu eine gute Untersuchung vorgelegt: „Cliques, Klüngel und Karrieren“⁶²⁰ Sie erschien 1992 und führte bundesweit, gerade in der politischen Klasse zu großer Erregung. Doch geändert hat sich nichts.

Ein Beispiel für einen besonders harten und gnadenlosen Machtkampf auf Landesebene war die „Barschel-Affäre“ (1987). Sie endete mit dem Tod des Ministerpräsidenten Barschel (CDU) und dem Rücktritt seines Nachfolgers Engholm (SPD). Dabei ist bis heute einiges ungeklärt.⁶²¹ (Für mich war schon während der Affäre vieles unklar. Ich wunderte mich über die schnellen Urteile in der Presse (Spiegel) und bei den Parteien.)

In dieser Zeit erschien in der bekannten „Zeitschrift für Rechtspolitik“ der Aufsatz „Der Fall Barschel, zur Legitimationskrise unserer Parteiendemokratie – Ansätze zu ihrer Überwindung.“⁶²² Merkwürdig war, dass ein „Anonymus“ in dieser angesehenen Zeitschrift⁶²³ veröffentlichen durfte. Das hatte ich noch nie gesehen. Es musste schon ein hohes Tier sein, dem dieses Privileg zugestanden wurde und der es nötig hatte, unerkannt zu bleiben. Den Artikel fand ich sehr gut; und schaute mir die Fußnoten genau an. Daraus kann ja einiges geschlossen werden. Mir fiel auf, dass Roman Herzog oft ähnliche Quellen zitierte (z.B. Evangelisches Staatslexikon). Herzog war damals Vizepräsident des Bundesverfassungsgerichts und wurde im Herbst 1988 Nachfolger des Präsidenten Wolfgang Zeitler. Wie dem auch sei, die Vorschläge passen gut zur Überwindung der Legitimationskrise im Parteienstaat.

Als Hauptübel erkennt der Anonymus die Berufspolitikern ohne anderen Beruf. Was wir eben besprochen haben, die persönliche und wirtschaftliche Abhängigkeit, der gnadenlose Kampf um die Macht und vor allem die „Republik der Lüge“ (!) wurden angeklagt. Die „Demokratie

⁶²⁰ Erwin und Ute Scheuch, Cliques, Klüngel, Karrieren, Über den Verfall der politischen Parteien – eine Studie, Reinbek 1992 – ursprünglich im Auftrag der CDU-Wirtschaftsvereinigung NRW

⁶²¹ Die Tätigkeit Pfeiffers (Mitarbeiter bei Barschel und Kronzeuge der SPD) war der SPD lange bekannt. Geldzahlungen der SPD an ihn ließen die Vermutung aufkommen, dass die SPD ihn beim CDU-Ministerpräsidenten eingeschleust hatte. Deshalb musste auch der nachfolgende SPD-Ministerpräsident Engholm zurücktreten. Vieles und der Tod Barschels sind bis heute ungeklärt.

⁶²² Anonymus, Der Fall Barschel, zur Legitimationskrise unserer Parteiendemokratie – Ansätze zu ihrer Überwindung, in: Zeitschrift für Rechtspolitik (ZRP) 1988, Heft 2, S. 62 ff.

⁶²³ Sie ist auch Beilage zur von allen Juristen gelesenen NJW (Neue Juristische Wochenschrift).

der Funktionäre“ mit Abgeordneten aus oft subalternen Dienstposten sei zu überwinden „Das Gros ist als Lehrer nicht höher als in der Besoldungsgruppe A 15 angesiedelt.“⁶²⁴ Weiter wird vorgeschlagen, dass bei Abgeordneten nur eine Wiederwahl möglich sein soll. Denn dann müssen sie sich ihren bürgerlichen Hauptberuf erhalten und dorthin zurückkehren können. Das Mandat ist dann wie in der Schweiz ein ehrenamtliches mit angemessener Aufwandsentschädigung.

Der Vorschlag nur einer Wiederwahl überzeugte mich sehr. Er sollte für alle Volksvertretungen von den Gemeinden über die Länder und den Bund bis zur EU gelten. Ich habe ihn öfter gemacht. Die jungen Nachwuchspolitiker waren Feuer und Flamme. Denn heute müssen sie oft warten, bis der Tod einen Alt-Abgeordneten von seinem Sessel schiebt. Doch die Mandatsinhaber waren ebenso heftig dagegen.

Als letztes Bundesland schaffte Baden-Württemberg den ehrenamtlichen Abgeordneten ab. Seit 2011 sind alle Vollzeitpolitiker, obwohl die Länder immer weniger Zuständigkeiten haben.⁶²⁵ Dagegen hat die Schweiz bis zur Bundesebene ehrenamtliche Nationalräte als gewählte Volksvertreter. Alle üben weiter ihren Beruf aus. Sie tagen viel weniger, arbeiten dafür umso zügiger. Sie drängen auf kurze Sitzungen und straffe Arbeit, die sich auf das Wesentliche und Wichtige beschränkt.

Beim Machtkampf kommt es auch zum Missbrauch staatlicher Ämter für den parteipolitischen Krieg. Das beginnt bei den Ministerien und geht bis zum Einsatz des Bundesverfassungsschutzes gegen politische Gegner.

6.2.2 Ämterpatronage

Die Parteien wollen öffentliche Ämter sowie Vorstandsposten bei Verbänden und Vereinen mit zuverlässigen Parteigenossen besetzen. Und abgewählte Berufspolitiker brauchen Versorgungsposten. Auf die Eignung kommt es kaum an. Das führt zum nächsten Missstand, zur Ämterpatronage.

Der langjährige Präsident des Bundesverwaltungsgerichts, Horst Sandler, war zehn Jahre in der Berliner Verwaltung tätig, bevor er

⁶²⁴ Die Lehrer werden heute oft durch ärmere Rechtsanwälte ergänzt. Sonst stimmen die Aussagen.

⁶²⁵ <https://www.stuttgarter-nachrichten.de/inhalt.neuer-landtag-abgeordnete-arbeiten-jetzt-in-vollzeit.22364eb5-42fd-48cb-a009-3afda528a835.html>

Bundesrichter wurde. In der verbreiteten Fachzeitschrift für öffentliches Recht, der „DÖV“ (Die öffentliche Verwaltung), schrieb er über seine Erfahrungen in Berlin. Er beklagte, dass hochdotierte Posten in der Berliner Verwaltung als Belohnung an verdiente und aus Parteisicht förderungswürdige Angehörige vergeben wurden. Beschwörend fordert er, mit dem „Filz“ und dem „Mauscheln“ aufzuhören, wenigstens sollten „ernstzunehmende Qualifikationsvoraussetzungen“ und die Pflicht zur Ausschreibung eingeführt werden.⁶²⁶

Die Ämterpatronage ist ein großer Missstand im Parteienstaat: Darunter wird verstanden, dass Dienstposten in öffentlichen Unternehmen und Verwaltungen, Rundfunkanstalten usw. nicht an die Besten, sondern an treue, gefügige Parteigenossen bzw. -freunde vergeben werden. Das beginnt bei Städten und Gemeinden, setzt sich über die Länder und den Bund bis zur EU-Bürokratie fort. Und wird seit Jahren immer dreister.

Die Kritik ist alt und erfolglos. Eindrucksvoll hat das Kurt Rossa (1930 – 1998, SPD) geschildert. Er war Oberstadtdirektor von Köln.⁶²⁷

„Einem Fraktionsgeschäftsführer der Kölner CDU zum Beispiel ist im Zusammenwirken mit einem Betriebsratsvorsitzenden und seinem SPD-Kollegen ein Sprung auf einen Vorstandssitz bei unserer städtischen Strom-, Gas- und Wasserversorgung-Aktiengesellschaft gelungen. Der wurde da der technische Direktor – er war aber ein Vermessungsamtmann, konnte wohl kaum Volt von Ampere unterscheiden, kriegt aber dafür über 400.000 DM im Jahr. Er hat sein Beamtengehalt mindestens verfünffacht. Gerade hat ein politischer Retter des amtierenden SPD-Fraktionsvorsitzenden einen guten Beutezug gemacht: Ein Oberstudienrat wurde – eine Hand wäscht die andere – zur Belohnung für politische Wasserträgerdienste in der SPD Schuldezernent der Stadt. Ein Sprung von A 14 nach B 7. 11.000 DM monatlich. Acht Beförderungsstufen auf einen Schlag. Damit nicht genug. Seiner Ehefrau wurde ein Landtagsmandat zugespielt, was auch über 10.000 DM monatlich wert ist. Die politischen Gefälligkeiten in Treue zum Fraktionsvorsitzenden bringen ein Familieneinkommen von 21.000 DM monatlich ein. Niemand redet da über Qualifikationen. Die CDU-Fraktion stimmt zu, handelt dafür eine andere Personalie aus. Sie nennt das Teilhabe an der Gestaltung. Die gesetzlich geforderte Ausschreibung wird zur abgekarteten Farce. Und die Kommunalaufsicht steht dabei und dreht Däumchen mit Filzhandschuhen. ... Politiker setzen den politischen Kumpel gern an die Spitze der Fachverwaltungen – einerlei, was der fachlich drauf hat. Das ist schlimm bei fachlich hochspezialisierten Großstadtverwaltungen. Die

⁶²⁶ Horst Sandler in: DÖV (Die öffentliche Verwaltung), 1987, Heft 9, S. 366 ff (S. 372)

⁶²⁷ In NRW gab es früher bei den Kommunen eine Doppelspitze. Der Oberstadtdirektor war Chef der Verwaltung, der Bürgermeister „nur“ Repräsentant der Gemeinde und Vorsitzender des Stadtrats.

Städte bezahlen das teuer – mit Wegwerfbeigeordneten, die früh pensioniert werden, mit fachlicher Inkompetenz statt fruchtbarer Kreativität.“⁶²⁸

Rossa schrieb das 1991. Inzwischen hat sich gar nichts geändert. So titelte die FAZ im Mai 2018: „Die Affäre ist eine Blamage für die Stadt – Im Gespräch: Henriette Recker, Oberbürgermeisterin von Köln über den Klüngel, klare Kante und die Erneuerung der viertgrößten deutschen Stadt“ Was war geschehen? Wieder genau das, was Kurt Rossa schon fast 30 Jahre zuvor öffentlich und ohne Folgen angeprangert hatte:

„Die jüngste Klüngelaffäre hätte sich der größte Zyniker nicht besser ausdenken können: CDU und Grüne, die im Wahlkampf noch gegen den „roten Filz“ in der Stadt wetterten, wollten nach Hinterzimmergesprächen ausgerechnet den SPD-Fraktionschef, Martin Börschel, auf die mit 500.000 Euro im Jahr dotierte Geschäftsführerstelle des Stadtwerkekonzerns hieven – ohne Ausschreibung. ... Die besondere Pointe an dieser Affäre ist, dass es den hochdotierten Geschäftsführerposten noch gar nicht gibt. Er sollte extra für Börschel geschaffen werden – ohne Bedarfsprüfung. Und das in einem kommunalen Großkonzern, der der Stadt zu 100% gehört.“⁶²⁹

Alles sollte im Aufsichtsrat, der ebenfalls nur mit Parteipolitikern besetzt ist, hinter dem Rücken und in Abwesenheit der volksgewählten und parteilosen Oberbürgermeisterin ablaufen. Doch sie bekam Wind von dem Staatsstreich, widersprach der Entscheidung und ging an die Öffentlichkeit. Aber wie will sie künftig mit diesen Klüglern in Stadtrat zusammenarbeiten? Dazu sagte sie im FAZ-Interview:

„Meine wichtigsten Bündnispartner sind die Bürger. Meine Botschaft an sie ist: Die Stadt gehört nicht den Parteien, sondern den Bürgern. So gesehen, ist diese Krise auch eine Chance. Es bleibt allerdings ein Langstreckenlauf, diese Stadt und ihre Verwaltung zu erneuern.“

Das ist der Ruf nach einem Bürgerstaat und Basisdemokratie wie in der Schweiz. Da können die Bürger nach festen Regeln direkt einschreiten. Bis heute gilt im Parteienstaat: „Köln ist überall“ (Erwin und Ute Scheuch). Das konnte ich lebenslang gut beobachten.

Ein Gegenmittel wäre, die Beigeordneten als politische Wahlbeamte abzuschaffen. Bei der Wahl von leitenden Kommunalbeamten müsste wie in Baden-Württemberg immer das Einvernehmen mit einem

⁶²⁸ Rossa, Kurt, Rechtsstaatliche Verwaltung im Spannungsfeld der Politik, in: Verwaltungsrundschau, Köln 1991, Heft 1, S. 4

⁶²⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14.05.2018

volksgewählten (!) Bürgermeister, Oberbürgermeister oder Landrat nötig sein. Denn dieser ist darauf angewiesen, eine gute Verwaltung zu haben, schon um seine Wiederwahl durch die Bürger abzusichern.

Außerdem müsste die fachliche Qualifikation von leitenden und Wahl-Beamten durch die Rechtsaufsichtsbehörde geprüft werden. In Baden-Württemberg gibt es dies noch in Restbeständen bei den Landräten. Das Innenministerium muss prüfen und zustimmen, ob die Bewerber die fachliche Qualifikation zur Leitung einer unteren staatlichen Verwaltungsbehörde haben. Doch leider wird dies immer „flexibler“ gehandhabt. Fachfremde Parteipolitiker werden durchgewinkt.

Was schon im Kleinen für Städte und Kreise gilt, wird wirklich ernst bei den Abgeordneten von Bund und Ländern. Der frühe und vollständige Ausstieg aus dem Beruf bedeutet den Einstieg in die neue, schöne, sehr gewinnbringende Welt der Machtpolitik. Plötzlich sieht alles anders aus. Doch damit wird man abhängig, hängt am Tropf der Partei. Wer nicht spürt, wird bei nächster Gelegenheit abgestraft oder gefeuert.

Kurt Rossa klagte: *„Es gehört zu meinen Lebensrätseln, wie frei gewählte Männer und Frauen als Volksvertreter wie auf dem Kasernenhof gehorchen können.“* Die Antwort ist einfach: Nur bei Wohlverhalten winken hohe Belohnungen, ertragreiche Posten. Darum gehorchen sie wie auf dem Kasernenhof.

Wie die Entwicklung fortschreitet, lässt sich an der Besetzung der Posten der Regierungspräsidenten in Baden-Württemberg beobachten. Früher war es allgemein üblich, im württembergischen Landesteil einen besonders befähigten Staatsbeamten zum Regierungspräsidenten zu berufen. In Baden mit seiner langen kommunal-liberalen Tradition wurde ein erfahrener Kommunalpolitiker dazu ausgewählt. Doch plötzlich entdeckten die politischen Parteien und die Bundestagsabgeordneten, dass dies doch ideale Posten für den Vorruhestand wären, also „Versorgungsposten“. Inzwischen werden Ex-Bundestagsabgeordnete, sehr oft ohne Rechtsstudium, Regierungspräsidenten. Dabei ist das Regierungspräsidium eine Rechtsaufsichts- und Widerspruchsbehörde, kurz ein Rechts- und kein politisches Amt. Die Alt-Abgeordneten sind völlig abhängig von ihren juristischen Beratern.

Und die Ämterpatronage geht weiter. Sie hat die Richterwahlausschüsse bis zum Bundesverfassungsgericht erreicht.⁶³⁰ Die Beispiele aus dem Bund und den Ländern sind endlos; und die Folgen katastrophal. Erwin und Ute Scheuch nennen die parteipolitische Personalpolitik die „Achillesferse unseres politischen Systems“.⁶³¹

Fragen wir zum Schluss, was BVerfG und Kommentare dazu sagen. Nach Art. 33 II GG haben alle Deutschen gleichen Zugang zu jedem öffentlichen Amt gemäß Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung (Bestenauslese). Das gelte eingeschränkt für politische, insbesondere politische Wahlämter. Hier wird auf Art. 21 (Parteien) zurückgegriffen. Nach BVerfG und Lehre seien bei ‚obersten politischen‘ und bei Wahlämtern parteipolitische Besetzungen durch den Auftrag, bei der Willensbildung des Volks mitzuwirken, gedeckt.⁶³²

„Nicht von dieser Aufgabe gedeckt ist die Einflussnahme der politischen Parteien auf die Vergabe staatlicher Ämter, die keiner politischen Bindung unterliegen und damit ausschließlich nach persönlicher Eignung zu übertragen sind (Art. 33 II GG).“

Hier gilt die Bestenauslese. Die Abgrenzung ist bisher eine – auch vom BVerfG – unbewältigte Aufgabe.⁶³³

6.2.3 Abschaffung des freien Mandats

Eine Folge von Machtpolitik und Ämterpatronage ist die Aushebelung des „freien Mandats“. Das führt zu Meinungszensur und Fraktionszwang bei Abstimmungen. Doch nach dem Grundgesetz sind die Abgeordneten „Vertreter des ganzen Volkes, an Aufträge und Weisungen nicht gebunden und nur ihrem Gewissen unterworfen“ (Art. 38 I 2 GG). Es geht um das „allgemeine Beste“, nicht um Partei-, Teil- oder -Standesinteressen. Lobbyismus und Vetternwirtschaft zerstören, d.h. sie korrumpieren das Gemeinwohl.⁶³⁴

Der frühe Rechtsstaat wollte die Ständeordnung mit Adels-, Standes- und Körperschaftsprivilegien überwinden. Daher bestimmte die

⁶³⁰ Dazu unten mehr bei „7.2.3 Die horizontale Gewaltenteilung“

⁶³¹ So auch Richard von Weizsäcker, siehe „1. Einleitung – Reformbedarf und Vorgehensweise“

⁶³² Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 21 RdNr. 24; Voraussetzung: bereit und befähigt!

⁶³³ Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 21 RdNr. 25 (z.B. Bestenauslese auch für Vorstände von Stadtwerken u.a. öffentlicher Unternehmen), in Fettdruck: **unbewältigte Aufgabe**

⁶³⁴ corrumpere (lat.) = zerstören; Korruption = Zerstörung

Bayerische Verfassung vom 1818 im VII. Titel „Vom Wirkungskreise der Stände-Versammlung“ [= Landtag] in § 25:

„Jedes Mitglied der Stände-Versammlung hat folgenden Eid zu leisten:
„Ich schwöre Treue dem Könige, Gehorsam dem Gesetze, Beobachtung und Aufrechterhaltung der Staats-Verfassung und in der Stände-Versammlung nur des ganzen Landes allgemeines Wohl und Beste ohne Rücksicht auf besondere Stände oder Klassen nach meiner inneren Überzeugung zu beraten; - So wahr mir Gott helfe und sein heiliges Evangelium“⁶³⁵

Der Ausdruck Stände-Versammlung war alt, der Auftrag war neu.⁶³⁶ In der Schweiz heißt die Vertretung der Kantone immer noch „Ständerat“.

Im Parteienstaat erleben wir die Wiederkehr von Teilvertretungen mit Klientelpolitik, Lobbyismus, Gruppeninteressen. Diese Zurücksetzung des Allgemeinwohls erfolgt nicht nur dadurch, dass sich einzelne Abgeordnete ganz bewusst als Vertreter von bestimmten Klassen, Berufsständen (Bauern, Gewerkschaftler, Beamte) sehen. Mehr wird dazu gleich beim Lobbyismus zu sagen sein. Hier geht es darum, dass innerhalb der Partei die freie Meinungsbildung ausgehebelt wird. Von oben, von wenigen „Spitzenpolitikern“ wird in kleinen Machtklüngel bestimmt, was alle zu denken und zu sagen haben. Das ist ein Zwang, den sich mündige Bürger verbitten würden. Mit „politischer Korrektheit“ (political correctness) sollen auch sie dazu gezwungen werden.

Roman Herzog stellt in seiner Allgemeinen Staatslehre fest, „dass bei einer *empirischen* Betrachtungsweise im Allgemeinen weder Parlament noch Kabinett in Besitz der Regierungsfunktion sind, sondern diese von einem *Führungsteam* ausgeübt wird“. Darin sitzen „jeweils die führenden Männer aus dem Kabinett und der Mehrheitsfraktion“.⁶³⁷ Das freie Mandat des Grundgesetzes ist abgeschafft. Heute herrscht ein völlig verfassungswidriger **Fraktionszwang**. Abhelfen könnten geheime Abstimmungen wie bei den Wahlen von Personen.

⁶³⁵ Verfassungs-Urkunde des Königreichs Baiern, München 1818 (in der Expedition des Gesetzes- und Allgemeinen Intelligenzblattes)

⁶³⁶ Bei den ständischen Landtagen galt das imperative Mandat. Der Abgeordnete hatte sich so zu verhalten und abzustimmen, wie die ihn schickende Körperschaft (z. B. Stadtrat) es bestimmte. Das gilt noch heute für die Vertreter im Bundesrat, die gemäß den Weisungen ihrer Landesregierung abstimmen müssen. Die Schweizer Ständeräte (Vertreter der Kantone) haben ein freies Mandat.

⁶³⁷ Roman Herzog, Staatslehre, a. a. O., S. 333

Dazu unterscheiden Grundgesetz-Kommentare Fraktionsdisziplin von Fraktionszwang.⁶³⁸

„**Fraktionsdisziplin**, die auf der gleichberechtigten Beteiligung der Abgeordneten an der Willensbildung der Fraktion beruht und ein geschlossenes Auftreten der Fraktion im Parlament ermöglichen soll“, wird von der Kommentarliteratur zur Verfassung akzeptiert.

„Das Erfordernis der Solidarität und Gleichheit der einzelnen Abgeordneten in der Fraktion schützt im Allgemeinen vor einem – hierarchischen – **Fraktionszwang** durch die Fraktionsführung oder eine bestimmte Fraktionsmehrheit.“ Denn Zwang ist klar verfassungswidrig.

Also genau das, was Herzog als „Führungsteam“ bezeichnet, das in kleinem Kreis von oben, z.T. sogar von außen aus der Partei heraus regiert, ist klar verfassungswidrig. Die Entscheidungsfindung muss für alle Abgeordneten gleichberechtigt und solidarisch ablaufen.

Mehr noch: *„Im Konfliktfall hat jedoch das freie Mandat und damit die Entscheidungsfreiheit des Abgeordneten Vorrang gegenüber einem Fraktionsbegehren.“*⁶³⁹ Die Realität ist anders. Ein altgedienter Fraktionsvorsitzender sagte zu mir einmal: „Jedem wird früher oder später das Rückgrat gebrochen.“ Ich antwortete: „Mir nicht!“

Den Höhepunkt erreichte das Geschehen im Hessischen Landtag, als es um die Wahl der Ministerpräsidentin ging. Andrea Ypsilanti sollte dazu am 02.12.2006 gewählt werden und scheiterte. Nun schlugen Genossen vor, die Abgeordnetenkollegen sollten in der Wahlkabine mit dem Handy ihre Stimmzettel fotografieren und das Foto mit dem richtigen Kreuz dem Fraktionsvorsitzenden zum Beweis vorlegen. Als das in der Presse veröffentlicht wurde, gab es einen Aufschrei. Es gab auch eine längere Auseinandersetzung in den Medien und Parteien. Die mutmaßlichen Abweichler wurden danach trotzdem erkannt und politisch kaltgestellt.

Das führt im nächsten Schritt dazu, dass aus Machtpolitik sogar lebenswichtige Fehlentwicklungen nicht angesprochen werden dürfen. Jeder Politikkenner kann viele Beispiele nennen. Eines war die Umwelt- und Klimapolitik, die zu Gründung und Aufstieg der Grünen führte.

⁶³⁸ Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 38 RdNr. 50 f mit weiterer Literatur

⁶³⁹ Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 38 RdNr. 50. Die Abkürzungen in der 8. Aufl. wurden hier ausgeschreiben (z.B. Abg. = Abgeordneter)

Nun wollen alle, auch die Grünen, vor allem regieren. Denn von den harten Oppositionsbänke aus ist zu beobachten, wie üppig und lukrativ die Regierungssessel ausgestattet sind. Es kommt zur Meinungszensur und zu Abstimmungsabsprachen zwischen den Fraktionen. Es wird vereinbart, dass bestimmte Themen „leider“ totgeschwiegen werden müssen. Aus Wettbewerbsparteien um beste Lösungen wurden Kartellparteien (Hans Herbert von Arnim); um der Macht willen einigen sie sich auf kleinste gemeinsame Nenner.⁶⁴⁰

6.2.4 Die Kartellparteien

Wir haben inzwischen ein System von **Kartellparteien** (Hans Herbert von Arnim). Bei den heutigen Wahlergebnissen erreicht keine Partei die absolute Mehrheit. Das bedeutet, die alten, abgemagerten Volksparteien brauchen Koalitionspartner, mit denen sie gemeinsam die Regierung bilden können. In Wahlkämpfen und Wahlprogrammen dürfen nun keine unvereinbaren Positionen, Reformvorschläge oder Lösungen auftauchen. Denn nach der Wahl muss man ja zusammenfinden.

Wer sich im Wahlkampf zu sehr profiliert hat, wird vom Koalitionspartner bei der Vergabe hoher Ämter als unzumutbar abgelehnt. Die Parteien verlieren so ihr Profil und die Wähler die Wahlmöglichkeiten. Das führt zu Wahlverweigerungen. Die Nichtwähler sind die größte Wählergruppe.

Nehmen wir ein Beispiel. Die Schul- und die Hochschulpolitik sind die letzten bedeutenden Zuständigkeiten, die den Bundesländern geblieben sind. Der Zentralismus des Parteienstaats zog immer mehr Aufgaben nach oben in die Zuständigkeit des Bundes. Deshalb müsste in einem Landtagswahlkampf genau über die beste Schulpolitik gestritten werden.

Das ist umso nötiger, weil seit Jahrzehnten zu beobachten ist, dass die schulischen und (!) körperlichen Leistungen der Jugendlichen stetig und deutlich absinken. Ein Streitpunkt wäre auch, ob die linke Einheits-, Gesamt- oder Gemeinschaftsschule richtig ist. Ein Gegenvorschlag wäre ein gefächertes Schulsystem, das neigungs- und begabungsgerecht alle Kinder fördert. Dies wird im Band 2 beim Baustein „3. Vom Schulhaus zum ‚Haus für Familien‘“ zu besprechen sein.

⁶⁴⁰ Gut und genauer: Roman Herzog, *Strukturmängel der Verfassung?* a.a.O., S. 62 ff: „Die große Bremse – Das Patt der politischen Parteien“ – vgl. auch Bd. 2 Bausteine des Bürgerstaats: „6.1.1 Das Patt im Parteienstaat“

George Turner⁶⁴¹ beklagt seit Jahren, dass in unserem Bildungssystem die praktisch begabten Jugendlichen durch den Rost fallen. Eigentlich wäre das ein Programmpunkt der CDU. Nun zeichnete sich 2016 ab, dass die grün-rote Landesregierung bei der Landtagswahl in Baden-Württemberg die Mehrheit verlieren werde. Die CDU hoffte wieder stärkste Fraktion zu werden; doch sie musste entweder mit den Roten oder den Grünen koalieren. Und siehe da, die CDU erklärte, sie wolle die Gemeinschaftsschule nicht abschaffen. Ja, sogar ein „Schulfrieden“ für die Landtagswahl schlugen die Roten und die Grünen vor. Er wurde dann nicht öffentlich, aber inoffiziell beschlossen. Sogar das Thema neuer Sexualkundeunterricht wurde ausgeklammert und totgeschwiegen, obwohl dagegen und dafür groß und aufgeregt demonstriert worden war.

In der Schweiz kämen solche grundlegenden Entscheidungen vors Volk. Sie ließen sich nicht unter den Teppich kehren. Das ist umso schmerzlicher, weil kurz nach der grün-roten Regierungszeit ein starker Leistungsabfall der baden-württembergischen Schüler festgestellt wurde. Sachsen hatte dagegen aufgeholt und sich beim Leistungsvergleich der Schüler bundesweit an die Spitze vorgearbeitet.

Auf ganz zentralen Politikfeldern ist der Parteienstaat handlungsunfähig geworden. Nur Volksentscheide können den Gordischen Knoten durchschlagen. Dabei gibt es eine weitere hohe Hürde für die Handlungsfähigkeit im Parteienstaat. Es ist das Zwei-Kammern-System von Bundestag und Bundesrat bei der Gesetzgebung. Wer die Art. 76 ff GG liest, glaubt, dass ein ganz auf Sachverstand und Vernunft zielendes Gesetzgebungsverfahren vorgeschrieben ist. Der Sachverstand der Länder, die die Gesetze ausführen, soll durch die weitreichende Einbeziehung des Bundesrates in die Gesetze einfließen.

Doch inzwischen geht es auch hier nicht mehr um Vernunft, sondern vor allem um Macht und Parteipolitik. Der baden-württembergische Ministerpräsident Kretschmann ist daher in einigen Fällen mit seinen grünen Bundespolitikern in Konflikt geraten, weil er vernünftigen Lösungen im Bundesrat zustimmen wollte (z. B. sichere Herkunftsländer in Nordafrika). Doch tatsächlich kommen trotz klarer schwarz-roter Mehrheit im Bundestag solche Vorschläge nicht zur Abstimmung und zur Umsetzung. Denn rund 2/3 der Länder haben Koalitionsregierungen, an

⁶⁴¹ George Turner, Rechtswissenschaftler, ehem. Präsident der westdeutschen Rektorenkonferenz sowie Senator für Wissenschaft und Forschung des Landes Berlin. z.B. Handelsblatt, 15.02.2012

denen die Grünen beteiligt sind. Sie können über den Bundesrat die Bundestagsmehrheit aushebeln. „Wir können wählen, was wir wollen, es bleibt alles beim Alten“, hören wir die Bürger klagen. Dieser Blockademöglichkeit hat Herzog im Buch *Strukturmängel der Verfassung* das Kapitel „Zwiespältig – Die Macht des Bundesrates“ gewidmet.⁶⁴²

Die Lösung wäre, dass bei allen Gesetzen, die in die ausschließliche Zuständigkeit des Bundes fallen, der Einspruch des Bundesrates vom Bundestag überstimmt, also zurückgewiesen werden kann. Gleichzeitig müssten die Gesetzgebungszuständigkeiten wieder klar getrennt und die der Länder erheblich erweitert werden.⁶⁴³

Altbundespräsident Richard von Weizsäcker hat – wie in der Einleitung erwähnt – diese Zwangslage des Parteienstaats schon 1983 erkannt: „Zwischen der Macht der Parteien im Staat einerseits und ihrer Befähigung zur Lösung der Probleme andererseits hat sich eine breite Kluft aufgetan. Dieses Problem zu lösen, ist unsere zentrale verfassungspolitische Aufgabe. Sie entscheidet nicht nur über die Zukunft der Parteien, sondern über das Schicksal unserer Demokratie überhaupt.“⁶⁴⁴

Nun gibt es ein Geflecht von Einflussreichen und Mächtigen, die vor allem ein Ziel haben: Lösungen verhindern, die ihnen schaden könnten oder nur lästig sind. Sie kämpfen um den Erhalt jener Missstände, hinter denen sie bequem leben.⁶⁴⁵ Man nennt diese Leute Lobbyisten.

6.2.5 Lobbyismus und Korruption

Peter Eigen⁶⁴⁶ gründete 1993 „Transparency International“⁶⁴⁷, um öffentlich gegen die Korruption zu kämpfen. Seit 2006 gibt es noch „LobbyControl“. Beide sind gemeinnützig und klären über Korruption, die Machtstrukturen und Einflussstrategien der Lobbyisten auf.

⁶⁴² Roman Herzog, *Strukturmängel der Verfassung?* a.a.O., S. 106 ff

⁶⁴³ Vgl. „7.2.2 Die vertikale Gewaltenteilung“

⁶⁴⁴ Richard von Weizsäcker, *Die deutsche Geschichte geht weiter*, Berlin 1983, S. 154 f

⁶⁴⁵ Beispiel: Kampf der Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Finanzbeamten gegen ein einfaches Steuerrecht, was mir anschaulich ein ehem. hoher Finanzbeamter und –richter sowie Abgeordneter schilderte. Er sollte entsprechende Vorschläge erarbeiten – aber mit, nicht gegen diese „Experten“. Er scheiterte, weil diese Lobbyisten „politisch“ stärker und einflussreicher waren.

⁶⁴⁶ Peter Eigen, *Das Netz der Korruption Wie eine weltweite Bewegung gegen Bestechung kämpft*, Frankfurt /M. 2003 (mit Vorwort von Richard von Weizsäcker, Nachwort von Hans Küng)

⁶⁴⁷ Transparency International ist eine der erfolgreichsten und größten NRO in etwa 100 Ländern.

Wir beobachten die parteipolitische Durchwurzelung der Gesellschaft. In Vereinen, Verbänden, inzwischen in Unternehmen und Aufsichtsräten sitzen immer mehr Parteipolitiker.⁶⁴⁸ Das wäre nicht schlimm, wenn sie wie bei einem freien Mandat ihren Sachverstand und ihre unabhängige Überzeugung einbringen würden. Doch weithin geschieht dies nicht. Es wird versucht, die Parteilinien und die Parteimeinungen in den entsprechenden Verbänden durchzusetzen. Im Gegenzug versuchen Interessengruppen über die Parteipolitiker, ihre Teilziele zu erkämpfen. – allseits Klüngel pur!

Oft geht es schon um die Verhinderung unerwünschter Meinungen und Vorschläge. Sie dürfen erst gar nicht zur Sprache kommen, nicht diskutiert werden. Sind Parteipolitiker Vereins- oder Verbandsvorstände, dann sind sie besonders mächtig. Auch die Verbandszeitschriften werden auf Linie gehalten. Abweichende oder aufregende Artikel werden nicht veröffentlicht. „Das Volk wird still gestellt. Es darf nicht murren.“

Das ist das Gegenteil des Rechts der Bürger auf freie Information und Meinungsäußerung (Art. 5 I GG). Stattdessen werden über alle Kanäle, wie es Gabor Steingart gut beschreibt, Narrative verbreitet, auf Deutsch: es werden dem Volk schön gefärbte Märchen erzählt.⁶⁴⁹

Im nächsten Schritt verbünden sich Lobbyismus und Kartellparteien. Ein Schmiermittel sind dabei die Parteispenden. Der Fernsehjournalist und Chefreporter Thomas Leif hat zusammen mit Rudolf Speth eine Untersuchung vorgelegt „Die 5. Gewalt. Lobbyismus in Deutschland.“⁶⁵⁰ Er wirft den Lobbyisten und den mit ihnen verstrickten Parteipolitikern als erstes ihre „Geheimpolitik“ vor. „Arkanpraxis“ hieß das im monarchischen Polizeistaat. Damit werden die sachliche und allgemeine Beleuchtung von Problemen und Interessen, die öffentliche Erörterung und Auseinandersetzung abgeschnitten.⁶⁵¹

⁶⁴⁸ SPD-Kanzlerkandidat Steinbrück saß von Januar 2010 bis September 2012 im Aufsichtsrat von Thyssen-Krupp. Er bekam eine jährliche Aufsichtsratsvergütung von 130.000 bis 230.000 Euro, nahm kaum an Sitzungen teil und bot Lobbyarbeit für billigeren Strom an. Welt.de vom 27.05.2010 im Aufsatz: „Lockruf des Geldes“ - https://lobbypedia.de/wiki/Peer_Steinbr%C3%BCck Abruf 01.11.2021

⁶⁴⁹ Gabor Steingart, Weltbeben, Leben im Zeitalter der Überforderung, München 2016, hier Abschnitt: „Populismus: Wie die Eliten unsere Welt funktionalisieren und banalisieren“, S. 167 ff

⁶⁵⁰ Thomas Leif / Rudolf Speth, Die 5. Gewalt. Lobbyismus in Deutschland, Wiesbaden 2006

⁶⁵¹ Jürgen Habermas hat das Prinzip „Öffentlichkeit“ in seiner Habilitationsschrift als ganz zentral für die Demokratie dargestellt: Strukturwandel der Öffentlichkeit, Untersuchungen zu einer Kategorie der bürgerlichen Gesellschaft, Neuwied 1962

Weiter geben sich die Lobbyisten als Super-Experten, als Berater und Dienstleister, schließlich als Koalitionspartner der Politiker aus. „Die Lobby betreibt ein hocheffizientes, professionelles Schatten-Management für die Politik“ (Leif). Das reicht bis in die Ministerien und zu den dortigen Referenten (Ausführungsebene, Sachbearbeitung). Inzwischen werden Gesetzestexte sogar durch Anwaltskanzleien ausgearbeitet, die bezahlte Vertreter von Lobbyisten sind. Als unter Verteidigungsminister von Gutenberg vergessen wurde, das Kanzleilogo aus einer Bundestagsvorlage zu entfernen, empörte sich die Nation.

Große DAX-Unternehmen haben die größte Macht. Sie sind personell, finanziell und organisatorisch hier bestens aufgestellt. Sie kaufen sich inzwischen auch Politiker aller Parteien nach deren „Amtszeit“ und stellen sie dann als gut bezahlte Lobbyisten ein. Das gilt inzwischen sogar für die Grünen. Nach Thomas Leif sehen die Lobbyisten ihre größte Aufgabe darin, Maßnahmen zu verhindern. Wir können sagen, sie müssen dafür sorgen, dass „nützliche Missstände“ nicht aufgegriffen und beseitigt werden. Parteispenden, Versorgungsposten für Alt- oder Ex-Politiker, Nebenverdienstmöglichkeiten usw. sind die Kampfmittel. – Der Mittelstand bleibt auf der Strecke, ebenso das Gemeinwohl. Die Ergebnisse spiegeln sich z.B. in den Steuergesetzen wider.

In der EU und in demokratie-fernen Machtzentren haben Lobbyisten wie Großbanken, Großgeldbesitzer und Großunternehmen den größten Einfluss. Das gilt auch für Weltorganisationen (Welthandelsorganisation, Internationaler Währungsfonds). Brüssel ist ein Tummelplatz für heimliche, ja heimtückische Lobbyisten. Viele, z.B. auch der frühere Verfassungsrichter Hans-Jürgen Papier, sehen darin eine Krise der Politikfähigkeit und eine zunehmende Gefahr für die Demokratie.

Klar erkennbar wurde dieses Vorgehen auch bei den Vorschlägen für eine „regulatorische Kooperation“ im Rahmen der „Transatlantischen Wirtschaftsverträge“ (TTIP, TiSA).⁶⁵² Die Vereinigung „LobbyControl“ gelangte an ein geheimes Papier der EU-Kommission, das Vorschläge zu einer „regulatorischen Kooperation“ enthielt. Damit sollten EU-Gesetze künftig zunächst von den Konzernen, der US-Regierung und EU-Kommission geprüft und „abgestimmt“ werden. Was den Interessen

⁶⁵² TTIP = Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft; TiSA = transatlantisches Dienstleistungsabkommen (z.B. für Anwaltskanzleien, Finanzdienste usw.); CETA = EU-kanadisches Freihandelsabkommen

der Großen und der Konzerne zuwider lief, sollte unter den Tisch fallen. Es sollte von vornherein als „Investitionshemmnis“ ausgeschieden und mit TTIP für unvereinbar erklärt werden. TTIP wäre ja unangreifbares Völkerrecht. – Bisher wurden TTIP und TiSA, nicht CETA verhindert.

Die gewählten Abgeordneten dürften dann „alternativlos“ dem zustimmen, was vorgelegt wird.⁶⁵³ Dazu passt, dass die Verhandlungen über die transatlantischen Abkommen geheim, hinter auch für unsere Abgeordneten verschlossenen Türen stattfanden. Nur in der Schweiz ist das anders. Dort wurden seit Juni 2012 die bei TiSA eingegebenen Schweizer Verhandlungspositionen veröffentlicht – doch sie blieben unbeachtet. Denn TiSA wurde seit 2012 von der Öffentlichkeit völlig unbemerkt in Genf an geheimen und wechselnden Orten (!) verhandelt. Erst ab Frühjahr 2014 berichten Medien wie Die Zeit, Handelsblatt, Süddeutsche Zeitung oder taz etwas darüber. TiSA soll den USA noch wichtiger sein als TTIP.⁶⁵⁴ Die Enthüllungsplattform Wikileaks veröffentlichte dazu im Juli 2014 den geheimen Entwurf von TiSA zum Kapitel „Finanzdienstleistungen“.⁶⁵⁵

Im nächsten Schritt sollten von Lobbyisten und deren Anwälten besetzte Schiedsgerichte entscheiden, wann neue staatliche und demokratisch beschlossene Gesetze (z.B. zum Umwelt- oder Verbraucherschutz) getätigte Investitionen der Weltkonzerne (z.B. Vattenfall) beeinträchtigen. Die Staaten und die Steuerzahlen sollten dann Schadensersatz leisten. Teilweise gelten solche völkerrechtlichen Vereinbarungen schon (CETA mit Kanada).⁶⁵⁶ Das ist gleich bei 6.2.7 noch etwas zu vertiefen.

6.2.6 Die Medien im Parteienstaat

Nun hoffen wir alle auf die Medien und die Pressefreiheit als „Gegengewicht“. So glaubte ich zu Beginn meiner kommunalpolitischen Laufbahn, der Presse ging es vor allem um Aufdeckung von Missständen, Enttarnung von Lobbyisten und Kampf gegen Korruption. Leider musste ich weithin das Gegenteil erleben. In Wertheim war der

⁶⁵³ <https://www.lobbycontrol.de/2015/01/ttip-verhandlungsdokument-zeigt-deutlich-eu-verhandlungsposition-hoehlt-demokratie-aus/> - letzter Abruf: 27.08.2021

⁶⁵⁴ Wirtschaftswoche online, 10.03.2014

⁶⁵⁵ Sie sind für Blackrock & Co ein Mittel, um Firmen zu kaufen, zu zerlegen und dann mit Gewinn wieder abzustoßen.

⁶⁵⁶ Wolfgang Weiß, Kann Freihandel Demokratie und Rechtsstaat gefährden? Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung, a.a.O., S. 36 ff

Redakteur der Lokalzeitung in der SPD und ein enger Spezi des Oberbürgermeisters. In Mosbach war es genauso, nur gehörten beide der CDU an, was für eine unparteiische, rechtstaatliche, am „allgemeinen Besten“ ausgerichtete Politik genauso schädlich war. – Doch die Bürger merkten es; beide Oberbürgermeister wurden im ersten Wahlgang 1981 (Wertheim) und 1985 (Mosbach) klar abgewählt.

Wer meint, auf Landes- und Bundesebene sei es besser, der irrt. Dabei müssen wir unterscheiden zwischen den großen Verlegerfamilien (Springer, Holtzbrinck, Burda, Bertelsmann) und der Berufsgruppe der Journalisten. Angeblich genießt die schreibende Zunft, also Journalisten, die „journalistische Freiheit“. Verleger sind fürs wirtschaftliche Überleben, Journalisten für die „freie“ Meinungsbildung zuständig.

Der Fall „Gabor Steingart“ hat 2018 dem letzten Gutgläubigen gezeigt, dass das nicht stimmt. Steingart hatte das biederen Handelsblatt zur hellwachen und führenden deutschen Wirtschaftszeitung gemacht. Gegensätzliche Meinungen kamen zu Wort. Da konnte ein Journalist vorne im Handelsblatt beste Wirtschaftsaussichten prognostizieren. Im Inneren des Blattes sagte dagegen ein anderer aus seiner Sicht und mit seinen Begründungen schwierige Zeiten voraus. Das halte ich deshalb für gut, weil der Leser zur eigenen Meinungen, zum eigenen Denken und Urteil aufgerufen ist. Dazu kamen Gastkommentare unterschiedlicher Politiker, Unternehmer und Professoren mit gegensätzlichen Ansichten.

Steingart sorgte auch dafür, dass das Handelsblatt und die dazugehörige Wirtschaftswoche ins digitale Zeitalter einstiegen. Es wurden ein Wirtschaftsclub für die Mitglieder gründete und viele Veranstaltungen für die Leser und die Öffentlichkeit durchführt. Steingart verfasste Bücher und hielt viel beachtete Reden (z.B. zur „Freiheit“ bei der Friedrich-Naumann-Stiftung). Er stieg vom Chefredakteur zum Herausgeber auf. Täglich erschien auch sein Morning Briefing; es wurde ihm – angeblich – zum Verhängnis. Er macht sich über den vor der Ablösung stehenden SPD-Vorsitzenden Martin Schulz lustig. Darauf wurde Steingart – für alle Handelsblatt-Mitarbeiter und die Öffentlichkeit völlig unerwartet – gekündigt. Holtzbrinck, der Eigentümer der Verlagsgruppe, entschuldigte sich bei Martin Schulz.

Das zeigt das **Bündnis der Spitzenpolitiker mit Großverlegerfamilien**. Helmut Kohl war hier Meister. Ausgerechnet im Handelsblatt erschien

dazu – allerdings noch unter Steingart – ein aufschlussreicher Beitrag. „Helmut Kohl teilte die journalistische Welt in Gut und Böse auf. Politisch konnte er sich auf die Chefs von Verlagen und Sendern verlassen.“ Kohl hielt sich an die Eigentümer, an Axel Springer, Leo Kirch oder Dieter Schaub („Rheinpfalz“-Verleger). „Das Wohlwollen der Oberen sicherte die Kommentierung der Unteren ... So legte Kohl quasi im Verborgenen jene Strukturen, die seinen steilen Aufstieg und vor allem den Machterhalt sicherten.“ Seine Schülerin Angela Merkel hat das Netzwerk übernommen und webte weiter an ihm (z. B. mit Friede Springer).⁶⁵⁷

Es ist ganz verständlich, dass Politiker ein gutes Verhältnis zu den Medien suchen. Erst wenn es zur persönlichen „Nibelungentreue“ statt zum gemeinsamen Kampf um beste Lösungen kommt, wird die Vernunft durch Machtstrategien verdrängt.

Doch es gibt einen zweiten Klüngel, der das Recht der Bürger auf umfassende Information und damit auf freie Meinungsbildung einschränkt, oft aushebelt. Das ist die Ausbildung einer herrschenden, oft geschlossenen „Meinung bei der Klasse der Journalisten“. Sie ist leider im öffentlichen Rundfunk und Fernsehen besonders ausgeprägt.

Hans Rosenthal beschreibt, wie ab 1968 plötzlich der ganze RIAS⁶⁵⁸ und die anderen Redaktionen nach links kippten; wie er angefeindet und vom politischen Journalisten zum Spaßmacher „befördert“ wurde.⁶⁵⁹

Wie durchgängig und weitreichend dies die Meinung in den Medien beeinflusst, hat Elisabeth Noelle-Neumann in ihrem Buch „Die Schweigespirale“ dargestellt.⁶⁶⁰ Sie zeigt u.a., wie dadurch die Meinung der Zeitungsmacher (veröffentlichte Meinung) und die des Volkes (öffentliche Meinung) auseinander laufen können. Allerdings kann auch die öffentliche Meinung durch einseitige Dauerberieselung kippen.

Erwin und Ute Scheuch haben nachgewiesen, dass die politische Klasse samt Journalisten seit 1968 erheblich weiter links steht als die Bürger

⁶⁵⁷ Handelsblatt, 19.06.2017: „Der Kanzler und die Journalisten – Kohls ewiger Kampf mit den Medien“

⁶⁵⁸ RIAS = „Radio im amerikanischen Sektor“ als Gegensender zur Sowjetpropaganda gegründet.

⁶⁵⁹ Hans Rosenthal, Zwei Leben in Deutschland, Bergisch Gladbach 1980 ff (hier: Taschenbuch 1987), sehr lesenswertes Buch. Es zeigt ergreifend, wie er als Jude in einer Berliner Laube versteckt wurde und nach 1945 zu einem der beliebtesten Fernseh-Showmaster aufstieg. Er zeigt auch die Zeit des Berliner Überlebenswillens mit „Günter Neumann und seinen Insulanern“ S. 161 ff – Dann die Kehrtwende des RIAS u.a. ab 1968 zum APO-Kommunismus samt Antisemitismus, S. 197 ff.

⁶⁶⁰ Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale. Öffentliche Meinung - Unsere soziale Haut, Zürich / München 1980

und Wähler.⁶⁶¹ Da dies für alle Parteien gilt, hatten die Wähler keine Chance, etwas dagegen zu tun. Nur die Gruppe der Nichtwähler wuchs.

Bei einem Besuch der baden-württembergischen Landräte beim SDR (damals Süddeutscher Rundfunk) saß ich zufällig bei der Teerunde länger neben dem Intendanten. Ich fragte ihn unumwunden: „Woher kommt es, dass ihre Journalisten und Redakteure alle fast die gleiche politische Meinung vertreten? Machen Sie da Vorgaben?“ Er sagte entspannt und todernst: „Das mache ich allein über die Personalauswahl. Das genügt vollkommen.“ Ich meinte: „Als Landrat kann ich die leitenden Mitarbeiter nur im Einvernehmen mit dem Kreistag einstellen. Ich bin da kein Alleinherrscher.“ Die Antwort war ganz knapp: „Jetzt wissen Sie, warum ich nicht Landrat geworden bin.“ Ich dachte: „So sieht die Arroganz der Macht aus.“

Echte Volksverdummung, Manipulation sind oft die millionenschweren Medienkampagnen der EU. Sie müssten verboten werden. Denn Steuergelder werden gegen die Bürger mit dem Ziel der einseitigen Beeinflussung eingesetzt. So wurden teure Anzeigen für den Euro geschaltet. Das ist keine Überzeugungsarbeit, sondern platte Reklame nach den Grundsätzen der Verkaufswerbung.

Die mit Zwangsbeiträgen finanzierten öffentlich-rechtlichen Medien haben einen verfassungsrechtlich wichtigen Auftrag zugunsten der mündigen Bürger. Sie haben wie die Parteien nach Art. 21 GG eine dienende Aufgabe. Sie müssen durch unparteiische, umfassende und objektive Berichte, die freie Meinungsbildung der Bürger ermöglichen. Das gelingt nur, wenn die Bürger ihnen glauben und vertrauen.

Die Bürger haben nach Art. 5 GG einen Anspruch auf „allgemeine und freie Meinungsäußerung und -bildung“.⁶⁶² Das ist nur möglich, weil im GG auch der Anspruch auf umfassende Information garantiert ist.⁶⁶³

Hier empfehle ich den oft beschworenen „Heidelberger Geist“, den Karl Jaspers treffend beschrieb und den ich in meiner Jugend noch erlebte. Karl Jaspers lebte die längste Zeit in Heidelberg (1906 – 1948). Er umriss den „Heidelberger Geist“ 1928 so:

⁶⁶¹ Erwin K. und Ute Scheuch, Cliquen, Klüngel und Karrieren: Über den Verfall der politischen Parteien, Hamburg 1992

⁶⁶² Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 5 RdNr. 22 ff (**1. Die Meinungsbildungsfreiheit**)

⁶⁶³ Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 5 RdNr. 51 ff (**2. Die Informationsfreiheit**)

„Hier ist eine Atmosphäre, in der das Fremdeste sich berühren kann – ohne sofortigen Blick auf praktische Konsequenzen – in rein geistiger Möglichkeit. Hier sind der Socialist und der Deutschnationale mögliche Freunde, der Katholik und der Protestant, der Russe und der Deutsche. Und hier gibt es eine stillschweigende Voraussetzung eines ritterlichen Verhaltens und eines gemeinsamen Bodens für alles, was wesentlich ist. Hier wird, was im wirklichen Leben in hartem Kampfe um Sein und Nichtsein sich begegnet, auf der Ebene des Möglichen geistig verarbeitet und nach Kräften auf seine Wurzeln geklärt. Heidelberg ist ein Anspruch an die Rücksichtslosigkeit des Fragens, an Einsamkeit und Unabhängigkeit des einzelnen, der den genius loci vernehmen will.“⁶⁶⁴

Ähnliches wurde uns beim Besuch des Meinungsforschungsinstitut Allensbach einmal veranschaulicht. Um möglichst objektive Ergebnisse zu erhalten, müssen Frage-Teams zusammengestellt werden. Dazu sind bewusst Personen mit politisch und weltanschaulich gegensätzlichen Überzeugungen auszuwählen. Bereits die Fragestellung und Einstellung der Interviewer beeinflussen nämlich die Ergebnisse.

Im Schweizer Rundfunk und Fernsehen gefallen mir gut die über Monate dauernden Auseinandersetzungen vor Volksabstimmungen. Da kommen Befürworter und Gegner frei und gleichwertig zu Wort. Die Stimmbürger können sich ein genaues Bild machen, wer was will. Sie stimmen dann für die Parteipolitiker erstaunlich unabhängig und vernünftig ab.

Ein Beispiel war die Volksabstimmung über die Abschaffung der Rundfunkgebühren. Zuerst waren nach Umfragen 80 % dafür. Im Laufe der mehrmonatigen Erörterung dachten die Bürger nach, wägten das Für (Geld sparen) und Wider (wirtschaftlich unabhängige Nachrichten) ab. Zum Schluss waren überraschende 70 % gegen die Abschaffung. Das ist Bürgerstaat!

Die Abstimmung hatte aber einen großen Vorteil. Die öffentlichen Rundfunkanstalten überlegten ernsthaft, warum es überhaupt zu dieser Volksinitiative kam. Sie legten Sparprogramme und Reformvorschläge vor. In der Schweiz arbeiten sie nun daran. In Deutschland und Österreich wurde das Thema „zu den Akten“ gelegt, obwohl auch hier die Abstimmung mit bangem Interesse verfolgt worden war.

⁶⁶⁴ zitiert nach: Klaus-Peter Schroeder, „Eine Universität für Juristen und von Juristen“ (zur Heidelberger Universitätsgeschichte), Tübingen 2010, S. 499

Wir halten als Ergebnis fest: Im Parteienstaat sind die Grundrechte der Bürger auf allgemeine, umfassende Information und Meinungsäußerung eingeschränkt. Die Medien sind oft Teil der Macht, nicht der Vernunft.

6.2.7 Aushebelung von Demokratie und Rechtsstaat

Nun kommen wir zu einer abschließenden Betrachtung und Bewertung der Politik im Parteienstaat. Es stellt sich die Frage, ob wir eine Unfähigkeit zu Problemlösungen auch durch die „Erosion der Demokratie und des Rechtsstaats“ erleben, wie die 17. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2017 fragte.⁶⁶⁵

Wir setzen hier den ersten Abschnitt „Der Parteienstaat in der Sackgasse“ fort. Denn unser Staat erscheint vielen Bürgern, auch Richard von Weizsäcker immer weniger zur Problemlösung fähig.⁶⁶⁶ Darüber hinaus werden Grundprinzipien der Demokratie und der Ewigkeitsklausel des Grundgesetzes (Art. 79 III GG) angegriffen.⁶⁶⁷

Dabei stehen wir vor einer weiteren Hürde. Selbst wenn unsere Volksvertreter oder erneuerte Volksparteien den Parteienstaat aus der Sackgasse führten und einen Bürgerstaat – im Sinne des Grundgesetzes – durchsetzen wollten, die EU und Freihandelsabkommen versperrten oft den Weg. Nicht nur die Volkssouveränität, auch die Rechte der Volksvertreter werden immer mehr ausgehöhlt.

Der Bundesverfassungsrichter Ferdinand Kirchhof hat am 21.12.2017 in einem Artikel der FAZ darstellt, was viele seit Jahrzehnten beobachten:

„Man darf davon ausgehen, dass inzwischen 60 bis 70 Prozent der in der deutschen Rechtsordnung verbindlichen Normen von der Europäischen Union veranlasst oder bestimmt werden. Dieser immense Einfluss auf das nationale Recht wirft die Frage nach ihrer parlamentarischen Legitimation auf. ... Von

⁶⁶⁵ „Erosion von Demokratie und Rechtsstaat?“ Beiträge auf der 17. Speyerer Demokratietagung vom 26. bis 27. Oktober 2017 an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer, hg. von Hans Herbert von Arnim, Berlin 2018 (Bd. 235 der Schriftenreihe der Universität Speyer)

⁶⁶⁶ Breite Klufft „zwischen der Macht der Parteien im Staat einerseits und ihrer Befähigung zur Lösung der Probleme andererseits“. R. v. Weizsäcker, Die deutsche Geschichte geht weiter, a.a.O., S. 154 f

⁶⁶⁷ Art. 79 III GG „Eine Änderung des GG, durch welche die Gliederung des Bundes in Länder, die grundsätzliche Mitwirkung der Länder bei der Gesetzgebung oder die in Art. 1 und 20 [demokratischer und sozialer Bundesstaat] niedergelegten Grundsätze berührt werden, ist unzulässig.“

Oktober 2013 bis Oktober 2016 haben den Deutschen Bundestag 64.285 EU-Dokumente erreicht, also 1785 pro Monat.⁶⁶⁸

Die EU verhält sich, wie wenn ihr zu dieser Vorschriftenflut umfassend Hoheitsrechte von den Mitgliedsstaaten übertragen wären. Das ist nicht der Fall und wäre auch verfassungswidrig.

Nach Art. 23 GG dürfen wie gesagt Hoheitsrechte nur durch ein Gesetz als „begrenzte Einzelermächtigung“ auf die EU übertragen werden. Die Einzelermächtigung muss den Grundsätzen der Bestimmtheit und Notwendigkeit (Subsidiarität) entsprechen.⁶⁶⁹ Das bedeutet Art, Umfang und Reichweite müssen in der Ermächtigung abgesteckt sein. Das Gleiche gilt für Weiterübertragungen von der EU auf völkerrechtliche Ausschüsse wie CETA-Ausschüsse,⁶⁷⁰ Schiedsgerichte. Der Speyerer Völkerrechtler Wolfgang Weiß u.a. gehen davon aus, dass die EU-Praxis, Normsetzungsrecht auf CETA-Ausschüsse zu übertragen, (1.) unserem Grundgesetz und (2.) dem EU-Vertragsrecht widerspricht.

Wir erleben eine umfassende Rechtsentstehung ohne staatliche oder parlamentarische Willensbildung.⁶⁷¹ Ferdinand Kirchhof hat dieses Vorgehen juristisch sauber herausgearbeitet:

„Ihre Distanz zu den Völkern Europas verleitet sie [= EU], Richtlinien zu erlassen, die sofort geltendes Recht werden, aber erst innerhalb von drei Jahren in nationales Gesetz umgesetzt werden müssen. Wenn nationale Umsetzungsgesetze dann etliche Jahre später auf Empörung in den Mitgliedstaaten stoßen, verweist Europa auf eine schon längst geltende Rechtslage und jeglicher Protest dagegen verpufft. Die Taktik der unbemerkten Bildung bindenden Rechts ist nicht Zufall, sondern hat Methode. Diese Technik weicht aber dem Volkswillen aus und schleicht europäische Regeln in nationale Rechtsordnungen ein. Dem demokratischen Ideal einer Hoheitsgewalt, die vom Volke ausgeht, genügt sie nicht.“⁶⁷²

Ferdinand Kirchhof empfiehlt als Gegenmittel Volksabstimmungen über wesentliche Fragen wie EU-Erweiterungen, Vertragsänderungen oder das Eingehen monetärer Verpflichtungen.

⁶⁶⁸ FAZ.NET Kiosk, 21.12.2017

⁶⁶⁹ Wolfgang Weiß, Kann Freihandel Demokratie und Rechtsstaat gefährden? Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung, a.a.O., z.B. S. 36 ff

⁶⁷⁰ CETA – Freihandelsabkommen EU - Kanada

⁶⁷¹ Hinter verschlossenen Türen wird in endlosen Nachsitzungen über das Schicksal von 500 Mio. EU-Bürgern entschieden.

⁶⁷² FAZ.NET Kiosk, 21.12.2017 – Der Gipfel ist: Wenn sich Parlamente weigern, die Umsetzung zu beschließen, folgen EU-Vertragsverletzungsverfahren – und der EuGH gibt stets der EU Recht.

Die Ausschaltung sowohl des Volks als auch der Volksvertretungen trifft das Herz von Demokratie und Rechtsstaat. Sogar die gewählten Politiker sind nicht mehr dafür zuständig zu bestimmen, was mit dem Volk geschieht. Das bedeutet, es werden die Parlamente und damit auch die Staatsgewalt, die vom Volk ausgeht, außer Kraft gesetzt.

Doch alles lässt sich steigern. TTIP und TiSA wollten es, und das CETA-Abkommen tut es: Es werden Hoheitsrechte von der EU auf geheim tagende sogenannte Vertragsausschüsse weiterübertragen. Dort sitzen keine demokratisch legitimierte Vertreter, sondern Bürokraten und Lobbyisten wie in Zeiten des monarchischen Polizeistaats. Wolfgang Weiß kommt zu dem Ergebnis:

„Die darin liegende Übertragung von Hoheitszuständigkeiten wird als Gefährdung unserer demokratischen und rechtsstaatlichen Ordnung angesehen. Vorliegender Beitrag geht dieser Kritik nach und zeigt ihre Berechtigung ...“⁶⁷³

6.3 Politik im Bürgerstaat

6.3.1 Aufgaben der Politik

Wir gehen wieder von unserer Begriffsbestimmung aus: Danach bedeutet Politik, den notwendigen, zeitgemäßen Wandel durchzuführen. Aus dem Staatszweck und den strategischen Zielen sind die operative Umsetzung und das taktische Vorgehen abzuleiten. Politik zielt grundsätzlich auf die Verbesserung der Verhältnisse für Land und Leute. Das ist die herkömmliche und richtige Auffassung.

Beim Bürgerstaat haben wir den **Zweck** (1.) und die **strategischen Ziele** (2. - 4.) schärfer gefasst. Das sind, wie oben ausgeführt:

1. die Sicherung des langfristigen Überlebens Europas, seiner Kultur und Nationen in Frieden, Freiheit und angemessenem Wohlstand und gesunder Umwelt.,
2. Mittelstand für alle,
3. soziale Sicherheit durch Genossenschaftlichkeit,

⁶⁷³ Wolfgang Weiß, Kann Freihandel Demokratie und Rechtsstaat gefährden? Beiträge 17. Speyerer Demokratietagung, a.a.O., S. 70

4. Weltfrieden durch friedlichen Koexistenz und Wohlstand für alle Länder.

Daraus folgen die Erarbeitung von strategischen Unterzielen sowie das operative und taktische Vorgehen. Das erfordert viel Geist und Wille, Überzeugungsarbeit und freien, fairen Meinungswettbewerb.

Dabei kommt es im Bürgerstaat zur **Arbeitsteilung** zwischen Stimmbürgern (Souverän, Volk) und Politikern (Führungskräften).

Wir erinnern uns an Perikles⁶⁷⁴ und an die Eigenschaften, die Bürger von Politikern fordern: (1) Glaubwürdigkeit und Vertrauen, (2) Voraussicht und strategische Begabung, (3) Sachverstand und abstraktes Denkvermögen, (4) Durchsetzungs- und Überzeugungskraft, (5) Bürgernähe und Volksverbundenheit.⁶⁷⁵

Politiker, Staatsmänner und Staatsfrauen mit diesen Eigenschaften müssen ständig die zeitgemäßen und lebensnotwendigen **Lösung und Programme** erarbeiten. Sie müssen selbst von diesen überzeugt sein, sie dann den Bürgern vorlegen und um Zustimmung kämpfen. „Sagt, was ihr denkt, und tut, was ihr sagt“, forderte Franz Josef Strauß von seinen Mitstreitern. Machiavellisten tun das Gegenteil: Sie sagen nicht, was sie denken, und sie tun nicht, was sie sagen.⁶⁷⁶ Nichts untergräbt das Vertrauen mehr als „tarnen, täuschen, triumphieren“, d.h. verschlagene Taktik.

Um die Verhältnisse zu verbessern, müssen Politiker ständig nach **Misständen** suchen und sie möglichst früh und umfassend beseitigen.

6.3.2 Volkssouveränität (Art. 20 GG) beseitigt Misstände

Nach Art. 20 GG geht alle Staatsgewalt vom Volk aus und wird von ihm durch Wahlen und Abstimmungen ausgeübt. Beides, vor allem auch die Abstimmungen, sind die tragenden Säulen des Bürgerstaats. Das führt dazu, dass ohne **Überzeugung** im Bürgerstaat gar nichts geht. Das letzte Wort haben die Stimmbürger. Dass sie bei umfassender und freier

⁶⁷⁴ „Obwohl nur wenige eine politische Konzeption entwerfen und durchführen können, so sind wir doch alle fähig, sie zu beurteilen.“

⁶⁷⁵ Siehe oben: „5.1.3 Führung in Gruppen und Großgesellschaften“ – Eigenschaften von Politikern

⁶⁷⁶ Machiavelli, Der Fürst, a.a.O. S. 71 f. empfiehlt genau dies dem Politiker, siehe auch oben „4.5 Neuzeitliche Diktaturen“

Information und Meinungsäußerung in der Regel richtig liegen, ja klüger als der Parteienklüngel sind, zeigen die Abstimmungsergebnisse in der Schweiz, dem bisher einzigen Bürgerstaat der Welt.

Dort gilt der Grundsatz, Freiheit ist mit Selbstverantwortung verbunden.⁶⁷⁷ Der Schweizer Radio- und Fernsehintendant Roger de Weck sagte zu Recht: „Wenn Sie hingegen den Bürger als Untertan behandeln, wird er verantwortungslos. Untertanen entwickeln keinen Gemeinsinn.“⁶⁷⁸ Im Berufsleben können wir oft feststellen, dass die Menschen ihr Verhalten ändern, wenn sie wie beim neuen kommunalen Steuerungsmodell zu Verantwortungsträgern werden.⁶⁷⁹

Die Schweiz zeigt sogar, dass die Bürger bereit sind, „über den eigenen Schatten zu springen, wenn es darum geht, die Steuern zu erhöhen, die Abzüge für die Arbeitslosenversicherung anzuheben, den gesetzlichen Urlaub nicht zu erhöhen. Alles schon geschehen, alles schon an der Urne abgeseget.“⁶⁸⁰

Der Aufgabe der Politiker, die Bürger zu überzeugen, führt zu einem umfassenden **Begründungszwang** für alle Gesetze und politischen Entscheidungen. Politiker werden zum Nachdenken und Durchdenken ihrer gesetzlichen Vorlagen gezwungen. Vernunft statt Aktionismus und Glaubwürdigkeit statt Märchenerzählungen (Narrative) bestimmen dann die Politik. Die Bürger insgesamt merken sehr wohl, ob ihre Politiker offen, ehrlich und zuverlässig sind oder ob sie einen Machtkampf mit Tarnen, Täuschen und Triumphieren führen, nur ihren Eigennutz im Sinn haben. Im Bürgerstaat haben die Bürger die Macht, um solche Machtpolitiker in Abstimmungen abzustrafen und zu stoppen.

Ein anschauliches, geradezu klassisches Beispiel ist die überhastete, völlig unausgereifte Einführung des Euro. Darunter leiden bis heute die Bürger, die Euro-Länder und letztlich sogar die Weltwirtschaft.⁶⁸¹

Helmut Kohl sagte klar: „Eine Volksabstimmung über den Euro hätten wir verloren.“⁶⁸² Ich erinnere mich gut, wie lang die CDU die Einführung des Euro abtritt, ihre wahren Absichten verheimlichte. Das Volk, vielleicht

⁶⁷⁷ Wolfgang Koydl, a.a.O., Die Besserkönner, a.a.O., S. 140

⁶⁷⁸ Wolfgang Koydl, Die Besserkönner, a.a.O., S. 145

⁶⁷⁹ Klaus Deckert / Ferdinand Wind. Das Neue Steuerungsmodell, Stuttgart 1996

⁶⁸⁰ Wolfgang Koydl, Die Besserkönner, a.a.O., S. 141

⁶⁸¹ Damals war ich wie viele ein strikter Gegner der übereilten und undurchdachten Euro-Einführung.

⁶⁸² ARD-Interview, 24./25. 03. 2015

sogar viele Volksvertreter wurden überrumpelt. Alle Experten warnten Kohl, erkannten wie laienhaft und sorglos der Kanzler dieses schicksalhafte Unternehmen betrieb. Nur gewisse Widerstände (z.B. Manfred Brunner mit seinem Bund freier Bürger) sorgten dafür, dass überhaupt die sogenannten Stabilitätskriterien in die Maastrichter Verträge kamen (Verschuldensgrenze, keine Schuldüberwälzungen von einem auf andere Euroländer u.ä.).

Allerdings wurden überhaupt keine verbindlichen Sanktionen vereinbart, falls diese Vorgaben verletzt werden. Sie wurden und werden ständig missachtet. Voßkuhle hat Recht, wir wurden daran gewöhnt, dass Verträge und das Recht nicht durchgesetzt werden. Wir haben in der EU „mediterrane Verhältnisse“. Bei Volksabstimmungen müssen dagegen die Bürger von der Richtigkeit und Notwendigkeit überzeugt werden. Und das können nur Politiker, die es selbst verstanden haben. Heute wissen wir, dass eine gründliche Vorbereitung und Ausarbeitung der Währungsunion uns viel Geld, Vertrauensverluste und Streit erspart hätte. In einigem hätten die USA Vorbild sein können.⁶⁸³

Die Transatlantischen Handelsabkommen (TTIP, TiSA, CETA) hätten in Europa bei Volksabstimmungen wohl kaum eine Chance gehabt. Genau deswegen fanden die Verhandlungen hinter verschlossenen Türen statt; das hatten die USA zur Bedingung gemacht. So etwas senkt noch mehr die Wahrscheinlichkeit der Zustimmung bei Abstimmungen. Offiziell wurde bisher nur CETA abgeschlossen.⁶⁸⁴

Doch es geht weiter. Das Volk kann **Misstände** aufdecken, aufgreifen und zur Abstimmung bringen. Wir sahen, dass im Parteienstaat viele Misstände nicht beseitigt werden, weil einflussreiche Machtgruppen dahinter sitzen. Wolfgang Koydl zitiert einen Schweizer: „Die direkte Demokratie bildet ein Gegengewicht, unter anderem zur Verneinung, Verschleppung, Tabuisierung von Problemen, ein Gegengewicht zu Abgehobenheit, Arroganz, Geldverschleuderung“⁶⁸⁵ Probleme können schon deshalb nicht unter den Teppich gekehrt oder ausgesessen werden, weil irgendeine Gruppe sie immer vors Volk bringt.

⁶⁸³ Z.B. Konkurs von überschuldeten Mitgliedsstaaten, Termine für Ausgleich von Target-Salden u.ä.

⁶⁸⁴ Comprehensive Economic and Trade Agreement (CETA) Freihandelsabkommen EU und Kanada.

⁶⁸⁵ Wolfgang Koydl, Die Besserkönner, a.a.O., S. 161

Ein großer Missstand im Parteienstaat sind die **Geldverschwendung** und **Staatsverschuldung**. Große Investitionen und Prestigevorhaben (z.B. Olympische Spiele) gehören dazu.⁶⁸⁶ Dagegen unterbleiben bitter notwendige Investitionen. Wir haben heute in Schulen und Kitas, bei Straßen und Bildungseinrichtungen einen großen Reparaturstau.

Auch dazu hat die Schweiz Vorbilder. Je nach Kanton gibt es dort zwingende oder mögliche [fakultative] Volksabstimmungen über große Investitionen. Je niedriger die Hürde für eine Volksabstimmung ist, umso weniger sind die betreffenden Kantone verschuldet. Das zeigte die Untersuchung von Patricia Funk (Universität Barcelona) und Christina Gathmann (Universität Mannheim).

„Die Forscherinnen untersuchten in einer akribischen Fallstudie die Entwicklung der Staatsfinanzen aller 25 Schweizer Kantone in den vergangenen 110 Jahren. Dabei stellten sie fest: Je stärker die Einwohner in einem Kanton selbst über die Verwendung der Staatsausgaben mitreden können, desto besser ist es dort um die öffentlichen Finanzen bestellt.“⁶⁸⁷

Zum Gotthard-Basis-Tunell und anderen Alpenquerungen der Eisenbahn gab es seit 1992 mehrere Volksabstimmungen über Linienführung und Kosten. Jetzt wird gebaut und das Vorhaben liegt im Zeit- und Kostenplan. Das Volk hat gesprochen, jetzt sind die Fachleute, nicht mehr Politiker am Zug. Da können die Berliner Parteipolitiker als Aufsichtsräte des Flughafens Berlin-Brandenburg nur staunen. Denn dort sitzen Parteipolitiker mit hohen Bezügen in den Aufsichtsgremien.

Häufig wird entgegnet, die Schweiz sei ein Sonderfall, ein kleines Land und habe eine besondere politische Tradition. Das widerlegen Beispiele aus Deutschland. Das große Bauvorhaben „Stuttgart 21“, die Verlegung des Hauptbahnhofs unter die Erde, drohte nach Baubeginn zu scheitern. Nur eine Volksabstimmung rettete den Weiterbau und die bereits investierten Millionen. Richtig wäre eine Volksabstimmung vor Baubeginn mit Erörterung von allem Für und Wider, aller Chancen, Risiken und Kosten gewesen.

Hier tarnen und täuschen heute die Spitzenpolitiker und die Unternehmer ohne Gewissensbisse. Erst werden die Kosten wider besseres Wissens niedrig angesetzt, damit alle zustimmen können. Dann werden während

⁶⁸⁶ Die Zeit, 10.11.2013: Volksentscheid: Olympische Winterspiele 2022 in Oberbayern gescheitert.

⁶⁸⁷ Handelsblatt, 19.12.2011, S. 18

der Ausführung Zug um Zug vorhersehbare Kostensteigerungen auf den Tisch gelegt. „Nachtragsmanagement“ nennen sie das.

Auch Unternehmen geben bei Ausschreibungen oft absichtlich niedrige Angebote ab, um den Zuschlag zu erhalten. Ganze Abteilungen arbeiten im „Nachtragsmanagement“. Es werden mit allerlei Begründungen angeblich „unvorhersehbare, überraschende Schwierigkeiten“ (z.B. felsiges Gelände, Grundwasser) „gefunden“, um hohe Nachforderungen durchzusetzen. Alle maßgeblichen Beteiligten kennen das, alle arbeiten mit Lug und Trug. Hier haben wir wieder das Zusammenspiel von Politik, Lobby und Großunternehmen zulasten der Bürger und Steuerzahler.

Dazu hatte ich ein Schlüsselerlebnis. Als junger Landrat musste ich eine Schulsporthalle einweihen. Es war im neuen Amt die erste repräsentative Amtshandlung. Lobende Worte hatte der Pressereferent für die Einweihungsrede aufgeschrieben. Doch beim Umtrunk murrten die Volksvertreter. Sie meinten, ich solle einmal den Kostenvoranschlag mit der Schlussrechnung vergleichen. Das tat ich und staunte.

Sofort setzte ich mich mit allen Beteiligten des Landratsamts zu einer Dienstbesprechung zusammen. Es war nun gemeinsam zu untersuchen, welche Kostenstellen überzogen wurden. Das Ergebnis war klar. Der Architekt hatte nur über die Kubikmeter umbauten Raumes „taktisch geschickt“ kalkuliert. Doch die vielen technischen Einbauten hatten bewirkt, dass der ursprüngliche Kostenvoranschlag massiv überschritten wurde. „Das macht der immer so“, meinte der altgediente Kämmerer.

Große Krankenhaussanierungen standen an und auch hier waren in der Vergangenheit Kostenüberschreitungen – im ganzen Land – die Regel. Das war immer schmerzlich, weil die Zuschüsse des Landes stets vom Ursprungsbetrag ausgingen und alle Kostenüberschreitungen bei der Kommune als Bauherr hängenblieben.

Nun wurde im Kreise der leitenden Mitarbeiter beschlossen: (1) Wir stellen einen Architekten ein, der mit Architekten und Ingenieuren deutsch, d.h. deutlich und auf gleicher Augenhöhe, reden kann. (2) Alle technischen Gewerke werden von Fachingenieuren genau und mit etwas Luft kalkuliert. (3) Bei der Bauausführung wird ein Mitarbeiter der Kämmererei als Zuarbeiter für den eigenen Architekten und als „Kostenfuchs“ oder „Kostenspürhund“ eingesetzt. Er schaut täglich, was

gebaut wird, was es kosten soll und tatsächlich kostet. Jede Überschreitung muss sofort durch eine Einsparung an anderer Stelle ausgeglichen werden. – Alle Krankenhaussanierungen (Bettentrakt und hochtechnischer Behandlungstrakt) blieben im Kostenrahmen und wurden i.d.R. mit Unterschreitungen von 1 Mio. DM abgeschlossen.

Es kann in der heutigen Zeit mit den vielen technischen und digitalen Hilfsmitteln niemand behaupten, dass große Bauvorhaben eine „große Fahrt ins Blaue“ sein müssen. Wer als Politiker oder Führungskraft sich vorsätzlich „verrechnet“ oder gar lügt, der sollte persönlich haften. Die Schweizer lagen beim großen Gotthard-Tunell im Zeit- und Kostenplan. Die Berliner Flughafenbauer entschuldigten sich, ein Tunell sei leichter zu bauen und nicht vergleichbar. Das Gegenteil dürfte stimmen.

Die Gründe für das Berliner Flughafen-Chaos hat z.B. gut der ehemalige NRW-Ministerpräsident und Alt-Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement aufgezeigt „Das können die nicht!“ Wolfgang Clement sagte, dass Politiker mit der Aufsicht von komplexen Projekten überfordert sind.⁶⁸⁸ Bereits 2004 war das Planfeststellungsverfahren abgeschlossen, der erste Spatenstich fand 2006 statt, die Eröffnung sollte 2011 sein. Die Kosten wurden 2008 mit 2,4 Mrd. € angesetzt, 2012 auf 4,5 Mrd. € erhöht und 2015 auf rund 6 Mrd. € geschätzt. Der Flughafen wurde am 4. November 2020 endlich eröffnet und kostete 7,08 Mrd. €. ⁶⁸⁹

Über folgende Worte von Wolfgang Clement sollten wir nachdenken:

„Beinahe hätten wir uns schon an den „ganz normalen Wahnsinn“ deutscher Großprojekte gewöhnt. An den Wahnsinn der Hamburger Elbphilharmonie etwa, die inzwischen sechsmal teurer werden dürfte als geplant. Oder an den überaus kostspieligen Umzug des BND von Pullach nach Berlin. Oder an die unendliche Geschichte von Stuttgart 21 mit dementsprechender Preisexplosion, versteht sich. Doch was ist all dies gegen das nackte Chaos, in dem der derzeit nur angeblich im Werden begriffene Hauptstadtflughafen BER buchstäblich unterzugehen droht? Inzwischen ist das prestigeträchtigste Bauwerk Deutschlands vor aller Welt angezählt.“ ⁶⁹⁰

Am wenigsten lagen die Verzögerungen an widerspenstigen Bürgern, wie Clement feststellte. Das ganze Trauerspiel hat durchaus humoristische Einlagen. So lobte sich Klaus Wowereit, Regierender

⁶⁸⁸ Handelsblatt, 10. 01. 2013, Gastkommentar, S. 48

⁶⁸⁹ <https://www.flughafen-berlin-kosten.de/> Abruf: 27.11.2020

⁶⁹⁰ Handelsblatt, 10. 01. 2013, Gastkommentar, S. 48

Bürgermeister Berlins, im Jahr 2005: „Ohne meine Tätigkeit als Aufsichtsratsvorsitzender wären wir nicht an dem Punkt, an den wir heute gekommen sind.“ Doch 8 Jahre später (2013) urteilte der neue Technikchef Horst Amann über Wowereit und dessen Nachfolger Platzeck: „Die Probleme, die man – nach ungefähr 6 Jahren Bauzeit (!) – in den letzten Monaten „sehr mühevoll aufgedeckt“ habe, seien „heftig, sehr heftig“, ja „gravierend, fast grauenvoll“. Auf einen neuen – 5. – Eröffnungstermin könne er sich nicht festlegen. Das Jahr 2014 sei aber „eine gute Nummer“. Auch diese Nummer war eine Luftnummer.

Clement fragt, „warum in Berlin missrät, was in Frankfurt und München offenbar hervorragend gelang und gelingt?“ Und er sieht die Ursache zu Recht in der politischen, ja parteipolitischen Besetzung von Aufsichtsrat und Kontrollorganen. Politiker sollten sich nicht in die operative Steuerung und tatsächliche Ausführung einmischen und dort verirren. Parteipolitiker, die finanziell lukrative Aufgaben übernehmen, für die sie ungeeignet sind, sollte beim Scheitern nicht das viele Geld als Aufsichtsrat behalten dürfen, sondern für den Schaden haften.

Clement zieht eine richtige Schlussfolgerung:

„Aber sobald es – wie im Fall BER – um die konkrete, operative Steuerung großer unternehmerischer Projekte geht, um Planen und Bauen, verlangt es auch im Aufsichtsrat Wissen, Können, Erfahrung und überdies den Ehrgeiz und übrigens auch die zeitliche Präsenz, den Dingen gegebenenfalls auf den Grund zu gehen. Das aber kann kein aktiver Politiker bringen, erst recht kein Regierungschef, auch kaum eine öffentliche Verwaltung. Das können sie nicht, das sollten sie auch nicht wollen.“ Der Aufsichtsrat braucht „baufachliche, technische, organisatorische Kompetenz“. „Es könnte sonst tatsächlich ein Schrecken ohne Ende werden.“⁶⁹¹

Kehren wir zur oft gehörten Behauptung zurück, Deutschland sei für Volksabstimmungen ungeeignet, obwohl sie wörtlich in Art. 20 GG genannt sind. Befragungen im Rahmen von „Stuttgart 21“ ergaben, dass 70 % der Bürger Abstimmungen wollen.⁶⁹² Allerdings würden sie nicht bei jeder Frage mitstimmen. Trotzdem bestätigt eine Reihe von Umfragen, dass rund $\frac{2}{3}$ der Deutschen Volksabstimmungen wollen.

⁶⁹¹ Die gleichen Fehler machen Politiker bei militärischen Operationen (z.B. Afghanistan).

⁶⁹² RNZ vom 12. 12. 2014 „Eine deutliche Mehrheit von 72 % im Land [findet es] „gut“ oder „sehr gut“, dass die Volksabstimmung stattgefunden hat.“

Schweizer Untersuchungen zeigen, dass es drei Gruppen von Stimmbürgern gibt: 1. rund 20 % Totalverweigerer, die nie abstimmen, 2. rund 25 % Immer-Stimmer, die keine Abstimmung auslassen, 3. rund 55 % Normalbürger, die abstimmen, wenn es ihnen wichtig ist. Hier lohnt sich genauer hinzuschauen. „Obwohl die Gesamtwahlbeteiligung bei den einzelnen Urnengängen jeweils im durchschnittlichen Mittel von 44 bis 53 % lag, kumulierte sie sich auf 75,3 %, sobald das Stimmverhalten einzelner Wähler untersucht wurde. Sie nahmen nicht an allen Abstimmungen teil, aber an den meisten.“⁶⁹³

Das ist verständlich, an Streitereien, die mich nicht aufregen, nehme ich nicht teil. So wurde z.B. in Bayern das Rauchverbot in Gaststätten durch eine Volksabstimmung durchgesetzt. Die CSU u.a. hatten Angst, die Raucher als Wähler zu verlieren. Ich persönlich hätte als Nichtraucher an der Abstimmung nicht teilgenommen. Raucher störten mich nicht. Ich fand rauchende Stammtische gemütlich. Heute würde ich für das Rauchverbot stimmen, inzwischen haben mich die Mediziner überzeugt, dass Rauchschwaden gerade für Kinder gefährlich sein können.

Der oft gehörten Meinung, dass Abstimmungen nur in kleinen Ländern möglich seien, widerspricht der Verfassungsrichter Ferdinand Kirchhof. Er fordert für wichtige Entscheidungen und Weichenstellungen in der EU sogar europaweite Abstimmungen. Das gilt z.B. für jeden Beitritt weiterer Staaten. Man denke nur an die EU-Perspektive für die Ukraine. Sie hat letztlich zur Spaltung dieses Landes geführt. Denn der Osten ist nach Russland orientiert, der Westen eher zur EU. Dadurch wurden die Krimkrise und das Zerwürfnis mit Russland ausgelöst.

Altkanzler Helmut Schmidt kritisierte 2014 die Absicht, die Ukraine in die EU aufzunehmen als absolut unverantwortlich. Dadurch ähnele die weltpolitische Lage jener kurz vor dem Ersten Weltkrieg. Der außenpolitische Konflikt mit Russland und die innenpolitische Krise in der Ukraine waren abzusehen. „Das ist Größenwahn, wir haben dort nichts zu suchen“, so Schmidt. Er verlangte von der EU-Kommission mehr Zurückhaltung. „Beamte und Bürokraten“ stellten die Ukraine „vor die scheinbare Wahl“, sich zwischen Ost oder West zu entscheiden.

⁶⁹³ Wolfgang Koydl, Die Besserköner, a.a.O., S. 153 f
244

Auch andere aktive und ehemalige SPD-Politiker stellten damals fest, die EU habe die Spannungen in der Ukraine-Krise mitverursacht. Die EU habe de facto Beitrittsverhandlungen geführt. Es habe sich gezeigt, dass „das auf Dauer nicht gut gehen konnte“ (Niels Annen, SPD-Außenpolitiker). Ähnlich argumentierte Hans Eichel (SPD) in einem Gastkommentar des Handelsblatts. Er verglich vor allem das Vorgehen Kennedys während der Kubakrise mit dem der Sowjetunion angesichts des Versuchs, die Ukraine in die EU und die NATO (!) einzubinden.⁶⁹⁴ Ebenso haben Genscher, Gorbatschow und Henry Kissinger davor gewarnt.⁶⁹⁵ Dagegen hat die Bundeskanzlerin Angela Merkel (CDU) „die Kritik an der EU entschieden zurückgewiesen.“⁶⁹⁶

Wir sehen, das „Nee“ der Niederländer zur Assoziierung der Ukraine mit der EU war 2016 eine kluge Entscheidung. Das Gegenteil behaupteten danach fast alle Partei- und EU-Politiker.

Nachdem 61 % mit Nein und nur 32 % mit Ja gestimmt hatten, suchten die Politiker aller Altparteien Schuldige. Sie fanden sie beim Volk, bei EU-feindlichen „Populisten“ und der niederländischen Regierung. Nur bei sich und ihrer verunglückten EU-Politik entdeckten sie keine Fehler.

Rebecca Harms, Grünen-Fraktionschefin im Europaparlament, schlug völlig neue Töne an: „Plebiszitäre Elemente zu europäischer Politik, die so angelegt sind wie die gestrige Abstimmung, können die EU in ihrem Bestand gefährden.“⁶⁹⁷ Die Grünen sind nun alt, nicht mehr grün.

Von Jean-Claude Juncker sagte sein Sprecher: „Der Präsident ist traurig.“ Das ist nicht die Ebene der Vernunft; es wird mit Gefühlen argumentiert, was sonst immer den Populisten vorgeworfen wird. „Kein guter Tag für Europa“, urteilte Frank-Walter Steinmeier (SPD).⁶⁹⁸

Elmar Brok, CDU-Politiker, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses des Europaparlaments, tat sich mit Angst, Gefühlen und Moral besonders hervor: „Da wird mit dem Feuer gespielt und in Kauf genommen, dass Europa beschädigt wird.“ Das Ergebnis sei eine

⁶⁹⁴ Handelsblatt, 24. 03. 2015

⁶⁹⁵ Stern vom 09.11.2014: <http://www.stern.de/politik/ausland/ukraine-konflikt--gorbatschow--genscher-und-kissinger-warnen-vor-kaltem-krieg-3255718.html>

⁶⁹⁶ Die Zeit – online am 16.05.2014

⁶⁹⁷ http://www.t-online.de/nachrichten/ausland/eu/id_77491426/niederlande-eu-politiker-kritisieren-volksentscheide.html

⁶⁹⁸ Handelsblatt, 08.04.2016

schallende Ohrfeige für die niederländische Regierung. Sie und ihr Ministerpräsident Rutte hätten nicht den Mut gehabt, dem Populismus offen entgegenzutreten und sich nicht genug für Europa eingesetzt.⁶⁹⁹ Wem gehört eigentlich Europa? Einigen Kommissaren und Politikern oder den europäischen Bürgern?

Dann kamen noch die üblichen abwegigen Zahlenkunststücke: Aufs Ganze gesehen hätten nur 19 % der Niederländer gegen das Abkommen gestimmt (so Brok) oder nur 0,6 % der EU-Bürger (so der EU-Politiker Graf Lambsdorff, FDP).⁷⁰⁰

So reden die wahren Feinde der Demokratie, Europas und des Friedens.

6.3.3 Recht auf freie Meinung und Information (Art. 5 GG)

Der Untertan kann nur dann zum mündigen Bürger und Stimmbürger aufsteigen, wenn ihm die Grundrechte des Art. 5 I GG (Recht auf freie Meinung und umfassende Information) voll gewährt werden. Schon die repräsentative Demokratie, aber erst recht der Bürgerstaat brauchen die „freie Öffentlichkeit“. Das Gegenteil sind monarchisch-polizeistaatliche Arkanpolitik, Geheimverhandlungen (z.B. TTIP, TiSA), moralisierende „politische Korrektheit“, die Meinungs- und Informationsfreiheit abwürgen. All dieses „lichtscheue“ Verhandeln und Verhalten fürchtet die öffentliche Erörterung und die Bürger. Nicht nur der Art. 5 GG wird ausgehebelt, sondern letztlich sogar die Volkssouveränität.

Der Bürgerstaat und die Stimmbürger benötigen genau das, was Karl Jaspers als den „Heidelberger Geist“ charakterisierte, den wir unter „6.2.6 Die Medien im Parteienstaat“ vorgestellt haben. Auch die anderen dort aufgezeigten Fehlentwicklungen muss der Bürgerstaat überwinden.

Darüber hinaus schützt der Art. 5 II GG die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre. Auch hier haben wir viele Erscheinungen im Sinne der Schweigespirale von Noelle-Neumann.⁷⁰¹ Herrschende Meinungen und dominierende ideologische Prägungen verhindern die freie Meinungsbildung in Forschung und Lehre. Vor allem hat dies Folgen für

⁶⁹⁹ RNZ 08.04.2016

⁷⁰⁰ Handelsblatt, 08.04.2016 – Das sind völlig unzulässige Umkehrschlüsse. Wer nicht abstimmte oder nicht durfte (übrige EU-Staaten) wird als Befürworter eines EU-Beitritts der Ukraine gewertet.

⁷⁰¹ Elisabeth Noelle-Neumann, Die Schweigespirale: Öffentliche Meinung – unsere soziale Haut, Frankfurt/M. 1982

die Politik, weil Wissenschaftler sich oft als besonders befähigte Politikberater ausgeben und eine nicht vorhandene Unabhängigkeit und Objektivität beanspruchen oder vortäuschen.

Besonders aufschlussreich hat dies der Naturwissenschaftler Hans Mohr (zuletzt ordentlicher Professor der Universität Freiburg) aufgezeigt. Er hielt 1988 vor der Heidelberger Akademie der Wissenschaften die Festrede.⁷⁰² Den Anspruch vieler Wissenschaftler auf allen Gebieten und in der Politik klug und richtig zu urteilen, bestreitet er schlicht.

„Die für manche Wissenschaftler so schmeichelhafte These, wissenschaftliche Kompetenz impliziere ein hohes Maß an Orientierungswissen und politischer Vernunft, wird durch die Erfahrung nicht gedeckt. Auch hervorragende Wissenschaftler haben sich immer wieder zu politischen, philosophischen und ethischen Fragen unglaublich naiv, engstirnig und opportunistisch geäußert.“⁷⁰³

Im nächsten Schritt kritisiert er, dass die öffentliche Sachdiskussion in aller Regel zur weltanschaulichen Auseinandersetzung entartet, mit nachteiligen Folgen für die Mündigkeit und Demokratie. Und er bedauert, dass Wissenschaftler auch parteilich geworden sind und so in der Öffentlichkeit wahrgenommen werden. Richtig erkennt er, dass die Politik die Zukunft einschätzen und entscheiden muss. Beim Handeln unter Unsicherheit geht es nicht um „die“ Wahrheit. Im Unterschied zur wissenschaftlichen Wahrheit, gebe es keine politische Wahrheit.⁷⁰⁴

„Politisierung des Expertentums bedeutet, dass Aussagen von Experten *parteilich* Teil der Politik werden. Politische Kultur in der modernen, durch Wissenschaft und Technik geprägten Welt setzt aber eine rigorose Trennung von wissenschaftlicher Aussage und politischer Wertung voraus.“ Die Missachtung dieser Grundsätze habe zu einem erheblichen Vertrauensverlust der Wissenschaftler in der Öffentlichkeit geführt. Die Rückgewinnung des Vertrauens setze die Entpolitisierung der Wissenschaft voraus. „Wissenschaft ist ihrer Zielsetzung und ihrer Natur nach unpolitisch.“

Bürger und Politiker brauchen die Wissenschaft zur Urteilsfindung. Doch sie müssen sich dabei verlassen können, dass ihre Willensbildung nicht unterschwellig gesteuert wird. – Das zeigte gut das Krisenmanagement

⁷⁰² Hans Mohr: „Wissen und Handeln – aus der Sicht des Naturwissenschaftlers“, Festrede des ordentlichen Mitglieds der Mathematisch-naturwissenschaftlichen Klasse, in: Jahrbuch der Heidelberger Akademie der Wissenschaften für 1988, Heidelberg 1989, S. 60 ff

⁷⁰³ Hans Mohr, a.a.O., S. 64

⁷⁰⁴ Hans Mohr, a. a. O., S. 66. Nach Karl Popper gibt es auch keine wissenschaftliche Wahrheit, wohl aber eine „Wahrhaftigkeit“ des Wissenschaftlers.

bei der Corona-Pandemie. Es gab Wissenschaftler, die für strenge und solche, die für lasche Auflagen waren. Die Politiker müssen alle hören, und dann nach bester Überzeugung mit Verantwortung entscheiden.

„Dem Gemeinwohl ist am besten gedient, wenn Wissenschaft und Politik als weitgehend getrennte Teilbereiche der gesellschaftlichen Wirklichkeit aufgefasst werden. ... Was jeweils gut oder böse ist in unserem Haus, in unserem Land oder in der Welt, kann auch der heutige Wissenschaftler nur seiner sittlichen Wertvorstellung, nicht seiner wissenschaftlichen Kompetenz entnehmen.“ (Hans Mohr) – Und da diese Wertvorstellungen zwar unverzichtbar, aber gleichzeitig raum-, zeit- und kulturabhängig sind, können sie nur politisch, nicht wissenschaftlich gelöst werden.

Wir sind hier wieder bei der Unterscheidung von Wissen und Werten. Wissenschaft zielt auf Wissen, ursprünglich sogar auf Wahrheit. Doch seit Karl Popper wissen wir, dass auch Wissenschaft keine endgültige Wahrheit verkünden kann. Jeder wissenschaftliche Fortschritt widerlegt alte und damit überholte wissenschaftliche Wahrheiten (Popper-Kriterium). In der heutigen, weithin moralisierenden Politik verkaufen die Politiker ihre Werte und ihre Politik meist dreist als ewige Wahrheiten.

Kehren wir zurück zur heute eingeschränkten Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre samt der Auswirkungen auf die Politik. Das lässt sich gut an den Wirtschaftswissenschaften zeigen. Sie werden heute von den angelsächsischen Volkswirten beherrscht, ja geradezu kontrolliert. Dieser Freiheitsentzug kommt nicht vom Staat, sondern von Machtgruppen der Gesellschaft. Es sind die Herren der angesehenen englischen Fachzeitschriften. Dadurch bestimmen sie nicht nur den Meinungsmarkt, sondern auch, was in ihren Zeitschriften veröffentlicht wird. Und das ist jeweils „ihre“ herrschende Meinung, also seit 1970 ff die neoliberale Wirtschaftstheorie und Wirtschaftspolitik.⁷⁰⁵

Hinzu kommt, dass die Anzahl der dort veröffentlichten Aufsätze bei Berufungsverfahren auch an deutschen Universitäten entscheidet, wer Ordinarius (Ordentlicher Professor) und damit Lehrstuhlinhaber wird.

Diese Missstände sorgten 2012 für Aufregung. Dennis Snower, Präsident des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, wurde vom Handelsblatt

⁷⁰⁵ G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme? Heidelberg 2018, 4.7. Pyrrhus-Sieg der Finanzkapitalisten, S. 59 ff

interviewt. Auch er gehörte zu den scharfe Kritikern der mächtigen Fachzeitschriften. Ihn störten die hohen Preise und die Marktmacht der Verlage. Er kritisierte vor allem die Verfahren bei der Auswahl der wissenschaftlichen Aufsätze, die zur Veröffentlichung gelangen: „Das traditionelle Verfahren gibt den Herausgebern und den Gutachtern zu viel Macht – diese Leute können Gott spielen. Die ethischen Werte, die für Wissenschaftler zentral sein sollten, sind uns abhandengekommen ... viele Gutachter arbeiten auch unglaublich langsam und schreiben unfaire Reports. Das hat vermutlich jeder Ökonom schon selbst erlebt. Neue Ideen haben es dadurch sehr schwer.“⁷⁰⁶

Doch auch Angelsachsen sind mit ihren englischen Fachzeitschriften unzufrieden. Zur gleichen Zeit erschien im Handelsblatt ein Aufsatz mit dem Titel: „Wie viel darf Wissen kosten? Forscher wollen einen Fachverlag boykottieren, weil dieser angeblich Wissenschaftler und Bibliotheken ausbeutet“.⁷⁰⁷ Ein Wissenschaftler namens Timothy Growers rief seine Kollegen zum Boykott auf und nach kurzer Zeit hatten sich rund 5.200 Forscher aus zahlreichen Fachrichtungen seinem Aufruf angeschlossen. Die Präsidentin der internationalen Mathematikerunion und Chefherausgeberin einer Fachzeitschrift im Verlag Elsevier, der auch boykottiert wurde, unterschrieb ebenfalls.

Kritisiert wurden mehrere Dinge. Zum einen würden die Verfasser der Veröffentlichung unentgeltlich, sozusagen ehrenamtlich arbeiten. Bei den Verlagen sei das Gegenteil der Fall: „Die großen, profitorientierten Wissenschaftsverlage pressen so viel Geld aus der akademischen Welt heraus, wie der Markt hergibt.“ Seit 1999 seien die Gebühren der Bibliotheken für den Zugang zu Zeitschriften um 90 % gestiegen. Die Verlage würden Hochpreispolitik betreiben, ihre Monopolstellung ausnützen und ihre überbeuerten Fachblätter nur als Pakete verkaufen. Für die Bibliotheken sei es unwirtschaftlich, einzelne Zeitschriften abzubestellen. (Die Kartellämter schlafen tief.) Der „freie Markt“ führt zu Ergebnissen, die gem. Art. 5 III GG eindeutig verfassungswidrig sind.⁷⁰⁸

⁷⁰⁶ Handelsblatt, 13.02.2012, S. 18

⁷⁰⁷ Handelsblatt, 13.02.2012, S. 18

⁷⁰⁸ Art. 5 III GG „Freiheit von Forschung und Lehre“ Es geht hier um die Drittwirkung von Grundrechten, die verfassungsrechtlich anerkannt ist.

Dieses Abwürgen der freien wissenschaftlichen Auseinandersetzung schadet massiv der Wirtschaftspolitik. Denn neue, bessere Erkenntnisse als der Neoliberalismus hatten so über lange Zeit keine Chancen.

Im Juli 2018 berichteten das „Recherchenetzwerk“ von NDR, WDR und „Süddeutsche Zeitung Magazin“, dass mehr als 5000 deutsche Forscher in den vergangenen Jahren ihre Forschungs- und Studienergebnisse in unwissenschaftlichen Fachzeitschriften veröffentlicht hätten. Weltweit seien es etwa 400.000 Forscher gewesen.⁷⁰⁹ Das wurde in allen Medien heftig kritisiert. Doch wer entscheidet, was unwissenschaftlich ist?

Die Schlussfolgerungen im oben genannten Handelsblattartikel („Wie viel darf Wissenschaft kosten?“) sind einfach und richtig. Nur staatliche Einrichtungen und entsprechende Gesetze können helfen. In den USA war das „National Institute of Health“ bestrebt, eine Politik des offenen Zugangs durchzusetzen. „Doch einige amerikanische Parlamentarier wollen dies verbieten – und werden dabei von Verlagen wie Elsevier unterstützt.“ Die Verlage sind offensichtlich mächtige und erfolgreiche Spender an Personen und Parteien bei Wahlen.

Das Handelsblatt kommt zu dem überzeugenden Schluss: „Wirklich etwas bewegen könnten nur staatliche Forschungsgesellschaften wie die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG), die wissenschaftliche Projekte finanzieren. ... Die könnten darauf bestehen, dass die von ihnen bezahlte Forschung in freizugänglichen Zeitschriften erscheint.“⁷¹⁰ Sie könnten auch auf Deutsch als Wissenschaftssprache bestehen. Es ist eigentlich deutsche und kontinentaleuropäische Tradition, dass bei Marktversagen der Staat eingreift. Bis heute ist nichts geschehen.

Die Zusammenhänge und Folgewirkungen gehen weiter. Auf einer Tagung der Hanns-Seidel-Stiftung wurde ein Nachwuchswissenschaftler der Volkswirtschaftslehre zu diesen Missständen von den Zuhörern interviewt. Er gab bereitwillig Auskunft: „Im Berufungsverfahren ist vor allem eine möglichst lange Liste von Veröffentlichungen ausschlaggebend.“ Der Inhalt sei nicht wichtig, nur wo und wie viel veröffentlicht wurde. Alle von ihm genannten Fachzeitschriften waren englischsprachig. Ich fragte nach dem „Wirtschaftsdienst“ des Hamburgischen Weltwirtschaftsarchivs, den ich über viele Jahre

⁷⁰⁹ Neben allen ARD-Anstalten urteilten so auch die Tageszeitungen, z.B. RNZ, 20.07.2018

⁷¹⁰ Handelsblatt vom 13.02.2012, S. 18

bezogen hatte. Er winkte ab. Solche und andere deutschsprachige Fachblätter seien nicht erste Wahl, höchstens in die Kategorie C einzuordnen. Damit könne man nicht glänzen. Es gebe eben keine deutschsprachige Zeitschrift mit „Reputation“, mit dem erforderlichen internationalen wissenschaftlichen Ansehen.

Doch die Hürde, in solch eine angelsächsische Zeitschrift zu kommen, sei hoch. Die Ablehnungsquote liege zwischen 80 und 90 %. Hinzu komme, dass die Zeit der Begutachtung zwischen einem dreiviertel und zwei Jahren liege. Die nächste Klippe seien die Gutachter. Sie gehören durchweg zur bekannten angelsächsischen Garde. „Es wird eher das Herkömmliche veröffentlicht.“ Neue Ansätze kommen deswegen nicht nur schwer in die Fachzeitschriften, sondern auch schwer in die Lehre. Zwei anonyme Gutachter beurteilen die eingereichten Aufsätze. Beide müssen zustimmen. Wir können daraus zwei Schlüsse ziehen. Dort wird erstens entschieden, wer veröffentlichen darf, und zweitens auch, wer in Deutschland Professor wird. Das ist keine Freiheit der Wissenschaft.

Wieder hebt die Marktmacht den Art. 5 III GG (Freiheit von Forschung und Lehre) aus. Wer auf eine „Bereinigung“ durch den Wettbewerb wartet, wartet vergeblich. Wenn bei Wirtschaftswissenschaftlern ein Problem auftaucht, dann heißt die Lösung eintönig: mehr Markt, mehr Wettbewerb. Das kann helfen, hilft aber wie in diesem Fall oft nicht. Ist der Markt vermachtet und dazu völlig „dereguliert“, dann wird der Markt zum Problem. Das verstehen die marktgläubigen Neoliberalen nicht.

Damit kommen wir wieder zum **Primat der Politik**. Dort liegt die letzte Verantwortung für die Beseitigung von Missständen und die Durchsetzung des „gemeinen Besten“, des Gemeinwohls. Den richtigen Ansatz hatte unsere traditionelle Politik. Wir warteten nicht auf die „unsichtbare Hand“, die durch den Markt und den Wettbewerb nicht alles zum Besten lenkt. Wir sahen den Staat in der Pflicht, der für die Verbesserung der Verhältnisse im Land zuständig und verantwortlich ist. Verbündete des Staats gegen Lobbyisten und Mächtige sind die Bürger.

6.3.4 Medien im Bürgerstaat

Weltweit erkannt und kritisiert wird die staatliche Gefährdung und Einschränkung der **Medien- und Pressefreiheit** in Diktaturen, aber auch

wie gezeigt im Parteienstaat. Der Bürgerstaat muss in den Medien nur Straftaten wirkungsvoll bekämpfen. Doch bei der Cyber-Kriminalität herrscht viel Rat- und Erfolglosigkeit sowie Zuständigkeitswirrwarr.⁷¹¹

Im Zeitalter der neuen Medien, des Staats- und Finanzkapitalismus erleben wir weitere große Einfallstore der **Meinungssteuerung und Informationslenkung**. Chinesen kaufen in Afrika Presseimperien zusammen. „Dazu gehört auch, dass chinesische Unternehmen südafrikanische Medienhäuser, die in finanzielle Schwierigkeiten geraten sind, aufkaufen, um Öffentlichkeit im Sinne der Partei zu schaffen.“⁷¹² Derzeit arbeiten sie sehr erfolgreich mit Strategie, Operationen und Taktik, um auch in Lateinamerika vorzudringen.⁷¹³ Dabei spielen Meinungsmache, Datenauswertung und Cybertechnik (Huawei) eng zusammen. Manche sprechen von einer neuen Kriegskunst.

Doch es gibt einen weiteren Angreifer, dem gegenüber neoliberale Ideologen blind sind: **US-Investoren. Finanzkapitalisten** haben sich auf europäische und vor allem deutsche Medienkonzerne eingeschossen.

So war das Titelthema am 13.06.2019 im Handelsblatt:

„**Medienmacht aus Manhattan** - Axel Springer setzt im Kampf gegen Google und Co. auf die Finanzfirma KKR. **Die Amerikaner bekommen erheblichen Einfluss auf das deutsche Mediengeschäft.** Auch im Film- und Fernsehmarkt machen sich die kühl kalkulierenden Investoren breit.“⁷¹⁴

„Der US-Finanzinvestor KKR kauft sich in Deutschland ein eigenes Medienreich zusammen. Der Einstieg bei Axel Springer ist da nur folgerichtig.“

„Unklar ist bislang, wie weit die Pläne von KKR reichen werden. Zusammen mit TV-Manager Fred Kogel bauen die Amerikaner gerade einen neuen deutschen Film- und Fernsehkonzern auf - quasi aus der Retorte. Könnte Axel Springer dort ebenfalls eine Rolle spielen? Das wird vermutlich erst die Zeit zeigen.“⁷¹⁵

Der „Firmenjäger aus Manhattan“ gehört zu den „härtesten Akteuren der Weltwirtschaft“. Bei Springer (Bild und Welt) will sich KKR ebenso beteiligen wie schon bei Bertelsmann. „Aus dem Bertelsmann-Reich kam die Firma Universum hinzu. Starmoderator Günther Jauch stieß seine

⁷¹¹ Verbesserungsvorschläge dazu in Band 2: „6. Bundeswehr – Cyber-Wehr – Friedensheer“

⁷¹² Die Zeit, 03.01.2018: „China: Fingerspitzengefühl für Afrika“

⁷¹³ Handelsblatt, 19.06.2019, China in Lateinamerika: Mit Konfuzius, Kultur – und Kapital

⁷¹⁴ Handelsblatt, 13.06.2019, **Fettdruck** wie im Original-Untertitel.

⁷¹⁵ Handelsblatt online vom 31.05.2019

Firma I&U TV („Stern-TV“, „Ich weiß alles“) ab, und auch der in der Kinoszene hochgeschätzte Betrieb Wiedemann & Berg („Das Leben der Anderen“) verkaufte.“⁷¹⁶ KKR ist seit 20 Jahren auf dem deutschen Medienmarkt mit hohen Milliardenbeträgen aktiv.

Einerseits heißt es, die Amerikaner wollten nur bei den anstehenden digitalen Großinvestitionen „mittelgroßen Unternehmen“ helfen und nach fünf bis acht Jahren wieder aussteigen. Andererseits ist zu lesen, „KKR wolle als langfristig orientierter Investor diese Strategie gemeinsam in einem Konsortium mit Friede Springer und Mathias Döpfner unterstützen.“⁷¹⁷ Dazu soll die Axel Springer SE sogar von der Börse genommen werden: „Der Druck des Kapitalmarktes, kurzfristig Gewinne auszuschütten, sei schlicht zu groß, um ein Unternehmen wie Springer für die Zukunft aufzustellen.“ „Auch Bertelsmann-Strategin Liz Mohn hat aus ähnlichen Gründen einen Börsengang gescheut.“

Damit wird zugleich eine wesentliche und grundlegende Schwäche der Finanzierung über die Börse offen gelegt. Der Aktienmarkt und insbesondere das heutige, auch bei uns geltende US-Bilanzierungsrecht denken nur kurzfristig und profitorientiert. Nachhaltigkeit und solid finanzieller Fortschritt sind da keine Ziele.⁷¹⁸

Zwei weitere Gesetzmäßigkeiten sind hier zu bedenken. Verleger und ihre Investoren beteuern stets, die journalistische Freiheit ihrer Redakteure nicht anzutasten. Doch es wurde bei „6.2.6 Die Medien im Parteienstaat“ gezeigt, dass dies gerade nicht stimmt. Zweitens wurde bei „6.3.3 Freie Meinung und Information (Art. 5 GG)“ nachgewiesen, wie sogar die wissenschaftlichen Fachzeitschriften ganz auf die neoliberale Wirtschaftstheorie eingeschworen sind. Andere Meinungen haben keine Chance. Genau das und einiges mehr ist auch bei den Medienkonzernen mit maßgeblicher US-Beteiligung zu erwarten.

Wenn es gar um ihr Geschäft und ihre Profite geht, werden die Investoren schnell ihre Medienmacht nutzen. Sie werden den Chinesen in nichts nachstehen. Der US-Schriftsteller Upton Sinclair (1878 – 1968)

⁷¹⁶ Handelsblatt, 13.06.2019

⁷¹⁷ Handelsblatt, 31.05.2019

⁷¹⁸ Anders noch bei der „Deutschland AG“, dem Handelsgesetzbuch und deutschen Aktienrecht. vgl. G. Pfreundschuh, Kampf der Wirtschaftssysteme, a.a.O., S. 62 f (auch Fußnote 186: Einführung der US-Bilanzierung in der EU).

sagte: „Es ist schwer, einen Menschen zu bewegen, etwas zu verstehen, wenn sein Einkommen davon abhängt, es nicht zu verstehen.“⁷¹⁹

Wie können sich der Bürgerstaat und seine Bürger dagegen wehren? Wir brauchen Organe, Organisationen und Institutionen, die uns Freiheit, Unabhängigkeit und Unparteilichkeit garantieren. Nur dann können die Bürger ihr Recht auf freie Meinung und freie Information wahrnehmen. Nur so ist der Bürgerstaat möglich.

Eigentlich haben wir mit den **öffentlich-rechtlichen Medien** richtige und wichtige Einrichtungen. Die Bürger haben wie gesagt nach Art. 5 GG einen Anspruch auf „allgemeine und freie Meinungsäußerung und (!) -bildung“. Die mit Zwangsgebühren finanzierten öffentlich-rechtlichen Medien haben hier verfassungsrechtlich eine „dienende Funktion“.⁷²⁰ Da sie von allen Bürgern (Haushalten) mit gesetzlichen Abgaben finanziert werden, können die Bürger verlangen, dass sie alle in der Gesellschaft vertretenen Meinungen und Anliegen erfahren; es sei denn sie sind verfassungswidrig. Ob das der Fall ist, beurteilt das BVerfG (Art. 18 GG) – nicht die parteipolitische Konkurrenz.

Das BVerfG hat immer entschieden, dass die öffentlich-rechtlichen Medien überparteilich und unabhängig sein müssen.⁷²¹ Tatsächlich trifft dies wie gezeigt nicht zu; und viele, vielleicht die meisten Bürger merken es. Bei den deutschen Rundfunkanstalten war die Verunsicherung groß, als die Schweizer darüber abstimmten, ob die Zwangsgebühren abgeschafft werden sollen.

Hier sind Reformen nötig. Die öffentlichen Medien-Anstalten sollen nicht Besserwisser, nicht oberlehrerhafte Volkspädagogen sein. Im Gegenteil, sie haben wie die Parteien nach Art. 21 GG eine dienende Aufgabe. Sie müssen durch unparteiische, umfassende und objektive Berichte die freie Meinungsbildung der Bürger ermöglichen. Die merken, wenn sie gesteuert werden sollen. Kontrolleure in diesem Sinne sollten die Rundfunkräte sein. Doch sie sind mehr Lobbyisten und Vertreter von Weltanschauungen als Wächter im Sinne des „Heidelberger Geistes“.⁷²²

⁷¹⁹ Zitiert nach GEO, 03 / 2013, S. 91

⁷²⁰ Michael Sachs, (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 5 RdNr. 90 ff (RdNr. 92 f „dienende Funktion“) :

⁷²¹ Michael Sachs, (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Art. 5 RdNr. 90 ff; Rundfunkgebühren, -beiträge: Michael Sachs (Hg.), Grundgesetz, a.a.O., Vor Art. 104a, RdNr. 113 ff

⁷²² Zitat von Karl Jaspers dazu oben bei „6.2.6 Die Medien im Parteienstaat“

Im Grunde müssten ARD und ZDF auch bei uns mit der ständigen Gefahr leben, dass ihnen das Volk die Gebühren entzieht. Denn nie war das Schweizer Fernsehen so einsichtig und reformbereit wie während und nach der Volksabstimmung.

Wie sollte nun den Finanzkapitalisten und Investoren aus dem Westen und fernen Osten begegnet werden? Hier dürfen nicht mit öffentlichen Mitteln überlebte Strukturen wie Printmedien bezuschusst und am Leben gehalten werden. Es kann nur um Kredite und Beteiligungen zur Bewältigung des **digitalen Wandels** gehen, wie es angeblich KKR bei Springer macht. Deutsche Großbanken und Großinvestoren sind leider durch ihr weltweites Investmentspiel angeschlagen, zur Hilfe kaum fähig (2007 ff). Hier müsste ein Staatsfonds vorübergehende Hilfe leisten.⁷²³

Die Medienlandschaft ist ein Teil der Realwirtschaft, und zwar einer, der für Demokratie und Bürgerstaat äußerst wichtig ist. Die Medien sind zugleich ein wichtiger Teil der jeweiligen Kultur, die von der Nation und der Nationalsprache geprägt ist. Fremdbestimmung durch Großinvestoren wie dem Australier Rupert Murdoch⁷²⁴ oder chinesische Unternehmen führen zu politischer Herrschaft von oben und außen, und das ist kultureller Kolonialismus.

⁷²³ Band 2 „Bausteine des Bürgerstaats“ – Abschn.: „6.4 Staatsfonds für Fortschritt und Nachhaltigkeit“

⁷²⁴ Murdoch steht in Australien derzeit unter „heftigem Feuer“. Er macht mit seinem Pressemonopol dort gezielt Parteipolitik und ist Leugner des Klimawandels.

vgl. auch <https://www.handelsblatt.com/unternehmen/it-medien/rupert-murdoch-die-zehnschlimmsten-luegen-von-fox-news/13309846-2.html?ticket=ST-5760560-mfG0UqYbK0gXRXanceux-ap6>